

ESSENER MORGEN

Solidarisch – partei links

Hartz4-Beratung

Allein machen Sie Dich ein!

Seite 4



Flüchtlinge in Essen

„...sie verkaufen ihre Betten
und schlafen im Stroh“

Seite 9



Dossier

3. Februar Bürgerentscheid:

Kürzungspolitik

Seite 5 – 8

Nein zu falschen Helden!

Seite 11



**&Kurz
&Knapp**

Unvermögen

zeigten direkt zweimal hintereinander die Essener Grünen, als es um die Vermögenssteuer ging: Erst setzten sie – gemeinsam mit CDU und Co. – den von der LINKEN beantragten Tagesordnungspunkt „Beitritt zur Vermögenssteuer jetzt“ im September ab, im November dann stimmten sie – erneut mit CDU und Co. – gegen den Beitritt der Stadt Essen zu dieser Kampagne. Während bundesweit dutzende Gemeinden die Forderung nach Wiedereinführung einer Vermögenssteuer unterstützen, ist Essen also nicht dabei. Dies zeigt, was von Grünen Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit zu halten ist.

Bürgerbeteiligung?

Wie wollen die EssenerInnen im Jahr 2030 in ihrer Stadt leben? Um dies heraus zu bekommen, wurde für teuer Geld (knapp 1 Mio. Euro) die Wirtschaftsberatung Roland Berger engagiert. „Dialogbusse“ fuhren durch die Stadt und versuchten, mit den BürgerInnen in den Dialog zu kommen. Allein: Die Resonanz war niederschmetternd. Nur wenige tausend EssenerInnen beteiligten sich an dieser Show-Veranstaltung. Böse Stimmen behaupten, es hätte sich hierbei (fast) nur um VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Vereinen gehandelt. Schade um das schöne Geld. Für den Erhalt von Angeboten bei VHS und Musikschule Folkwang wäre es besser eingesetzt gewesen. Immerhin: Roland Berger dürfte sich freuen.

Stadt betreibt Tariffumping

Die städtische Wohnungsgesellschaft ALLBAU möchte ihren MieterInnen künftig auch Hausmeisterdienste anbieten – soweit so üblich. Weniger üblich ist, dass hierfür eigens eine neue Gesellschaft gegründet wird. Sinn und Zweck dieser neuen Gesellschaft ist wohl auch Tariffumping. Weder der Tarif des Wohnungsgewerbes noch der des Reinigungsgewerbes sollen greifen, sondern der fürs Wach- und Sicherheitsgewerbe. Die Stundenlöhne liegen hier rund einen Euro unter denen der Gebäudereiniger.

Dieser Ausgabe liegen Unterschriftenlisten für das Bürgerbegehren kulturgut Essen bei. Unterschreiben und einsenden an: Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, 45127 Essen

kulturgut Essen nimmt Fahrt auf

Begehrt Euch!

Nach dem Erfolg der Bibliotheksschützer weitet sich der Widerstand gegen die Kürzungen aus. Besonders in der Kritik stehen Kürzungen im

Bildungsbereich. Mit kulturgut Essen richtet sich ein Bürgerbegehren gegen ein ganzes Bündel von Kürzungen bei Bildung und Kultur.

Von Ernesto Klengel

In der Vorweihnachtszeit 2012 hatten Stadtspitze und Rat der Stadt schlechte Nachrichten für die Schülerinnen und Schüler der Folkwang Musikschule Essen. Die Stadt will in Zukunft deutlich weniger Geld für Lehrkräfte und Musikunterricht ausgeben. Die Ratsherren und –frauen fast aller Parteien stellen sich in krassen Widerspruch zu ihren eigenen Sonntagsreden. Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) versprach noch im Jahr 2009: „Der Schwerpunkt unserer Politik für Essen in den nächsten Jahren liegt in den Bereichen Bildung und Betreuung.“ Nun wird klar, was er damit meinte. Nur DIE LINKE hat im Rat der Stadt gegen die Vorlage gestimmt, die Kürzungen in fast allen städtischen Bereichen vorsieht. Nach jahrelangem Personalabbau kommt so auf die verbleibenden Beschäftigten und die Bürger der Stadt eine neue Welle von Zumutungen zu.

Eine Lehrerin der Musikschule, die als Angestellte der Stadt ihren Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, berichtet: „Das trifft uns hart. Schon jetzt haben wir nicht genügend Plätze für

Eine neue Welle von Zumutungen

alle Kinder, die ein Musikinstrument erlernen oder am Tanzunterricht teilnehmen wollen. Es wäre schlimm, wenn wir ihnen sagen müssten, dass ihr Unterricht von nun an ausfallen muss.“ In der Musikschule sollen acht Stellen von Lehrerinnen und Lehrern gestrichen werden. Dabei ist der Spareffekt minimal: Mehr als die Hälfte der Kosten für eine Lehrkraft wird durch Musikschulgebühren gedeckt. Da durch Stellenabbau dem Staat Kosten für Sozialleistungen entstehen, wird unter dem Strich kaum ein Euro



gespart. Essen aber wird ein Stück ärmer, denn das Angebot der Musikschule ist notwendig in einer Stadt, die wie kaum eine andere von Kinderarmut betroffen ist.

Neben dem Musikschulunterricht unterstützt die Musikschule auch Schulklassen bei der Projektarbeit. Ein mobiler Proberaum steht Bands in den Stadtteilen zu Verfügung. Auch Menschen mit Behinderung finden in der Musikschule Angebote. Vieles steht nun auf dem Prüfstand. Die Lehrerin lacht, als sie gefragt wird, ob die Schüler nicht auf andere Angebote ausweichen könnten: „Die Kinder kommen aus ganz verschiedenen Elternhäusern. Eine alleinerziehende Mutter kann sich Privatunterricht gar nicht leisten. Die Musikschulen in Nachbarstädten haben auch keine freien Plätze.“ Auch die Volkshochschule ist besonders stark vom Personalabbau betroffen. Dabei ist die VHS bei den Essenerinnen und Essenern wegen ihres vielfältigen Kursangebots und den erschwinglichen Gebühren au-

ßerordentlich beliebt. Die städtische VHS ist für Kurse wie digitale Medien, Spracherwerb oder Tanzen gerade für Geringverdienende die erste Adresse. So ist es kein Zufall, dass sich ein Kreis aus LehrerInnen der Folkwang Musikschule, KursleiterInnen der VHS und kürzungskritischen Bürgerinnen und Bürgern zusammengefunden hat, um das Bürgerbegehren kulturgut Essen ins Leben zu rufen. Dann kam der Erfolg der BibliotheksschützerInnen: Ende November war klar, dass die Kürzungen bei den Stadtteilbibliotheken zurückgenommen



werden würden. Es wurde deutlich, dass etwas zu bewegen ist, wenn nur der Druck groß genug wird.

Die Breite des Bündnisses ist

Bildung für alle soll gekürzt werden: Bei VHS, Folkwang Musikschule und weiteren kulturellen Bildungseinrichtungen.

Ernesto Klengel ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen. Mehr Informationen zum Begehren kulturgut Essen im Interview auf Seite 3.

seine Stärke. Das wird auch durch die Vertretungsberechtigten klar: Achim Schröder ist Kursleiter und Mitglied der Kuratorien der VHS, Hildegard Huber steht als Mitglied des Fördervereins für die Folkwang Musikschule. Anabel Jujol kritisiert die Kürzungen aus der Perspektive einer Occupy-Aktivistin – eine seltene Mischung. Vielleicht hat aber gerade dies dazu beigetragen, dass bekannte Essener Kulturschaffende wie die Jazzprofessorin Ilse Storb, der Musiker Stefan Stoppok und der Kabarettist Uwe Lyko (alias „Herbert Knebel“) für das Begehren gewonnen werden konnten.

Die Vertretungsberechtigten halten sich bewusst mit Aussagen zurück, woher das Geld kommen soll. Das mag für den Moment richtig sein. Bald

aber werden sich weitere Fragen stellen: Wie kann verhindert werden, dass bei einem Erfolg des Begehrens der Spardruck anderswo wächst? Schon jetzt zählen die Bearbeitung von Wohngeldanträgen für Bedürftige und AsylbewerberInnen oder die Jugendgerichtshilfe zu den großen Kürzungsposten. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb überhaupt im öffentlichen Dienst gekürzt werden sollte. Denn selbst wenn einige Verwaltungsabläufe gestrafft werden, gibt es genügend Bereiche, wo frei werdende Stellen eingesetzt werden könnten. Bedarf ist da, die Fallzahlen beim JobCenter etwa sprechen eine eindeutige Sprache.

Ein Blick auf die Vermögensverteilung in der Stadt Essen zeigt, wo die Musik spielt. Da sich niemand Millionen selbst erarbeiten kann, ist es folgerichtig, Reiche heranzuziehen, um die

Haushalte zu sanieren. Auch sind diejenigen zu beteiligen, die seit Jahren Spekulationsgewinne mit Staatsschulden, auch der Stadt Essen, machen. Es liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie demokratisch darüber zu entscheiden ist, welche Schulden legitim sind und beglichen werden und welche illegitimen Schulden nicht. Ansätze für eine Sanierungspolitik im Sinne der Mehrheit liegen also vor.

Doch die die Essener KürzungsPolitiker verweigerten sich, höhere Steuern für Reiche zu fordern oder gar an einen demokratischen Schuldenschnitt zu denken. Stattdessen erklären sie die Kürzungen bei Ausgaben

Höhere Steuern für Reiche

für Bildung und Sozialem für „alternativlos“, anderenfalls diktierte die Bezirksregierung ein noch drastischeres Sparprogramm. Claudia Jetter, Ratsfrau der Essener LINKEN und von Anfang an gegen die Kürzungspläne aktiv, hält dieses Szenario für unwahrscheinlich. Wenn es aber dazu kommen sollte, sieht auch sie eine Parallele zu den Reaktionen der Menschen in Südeuropa: „Soziale Einschnitte führen immer dazu, dass sich die Menschen zu wehren beginnen. Auch die Bezirksregierung müsste Kürzungen erst einmal gegen die Essener Bevölkerung durchsetzen.“

Das Bürgerbegehren kulturgut Essen bestätigt diese Einschätzung. Vor allem aber gibt es Grund zur Hoffnung, dass die schlechten Nachrichten für die SchülerInnen der Folkwang Musikschule und die NutzerInnen von Volkshochschule, Stadtarchiv und anderen Einrichtungen doch noch abgewendet werden können.

Ausschussarbeit:

Erste externe Bewertung des Irrsinns mit System

◀ Eine Essener „Besonderheit“ ist, dass auch Personalstellen, die vom Land oder von Dritten wie Stiftungen gefördert werden, den Kürzungsvorgaben des Kämmers unterliegen. Um dem näher auf den Grund zu gehen, hat DIE LINKE im Personalausschuss die Verwaltung beauftragt, eine Übersicht sämtlicher derart geförderter Stellen vorzulegen. Wir sind gespannt.

In anderen NRW-Kommunen ist es selbstverständlich, dass geförderte Personalstellen keinerlei Kürzungsvorgaben unterliegen – eine bemerkenswerte „Leistung“ des Essener Kämmers. Rückzahlung von Zuschüssen nicht ausgeschlossen!

Nicht ausgeschöpft

◀ wurden im Jahre 2012 erneut die Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Erneut verfiel rund die Hälfte der durch das Land bereit gestellten Mittel. Dabei wird gerade in Essen der Mangel an bezahlbarem Wohnraum steigen. DIE LINKE hat im Planungsausschuss einen Bericht der Verwaltung zur Entwicklung des Bedarfs an gefördertem Wohnraum angefordert. Besonders bezahlbare altengerechte Wohnungen werden sonst – angesichts steigender Altersarmut – künftig Mangelware.

Nicht im Film

◀ zeigten sich die Geschäftsführer der Messe Essen, als sie Ende letzten Jahres in anderen Fraktionen die Pläne für den Messe-Neubau vorstellten. Zahlen zum zukünftigen Zuschussbedarf hatte man „nicht präsent“, verbindliche Angaben zur Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens wurden damit beantwortet, man sei „plus/minus zwanzig Prozent im Plan“. Na dann ist ja alles bestens – oder? DIE LINKE jedenfalls weiß, warum sie diesem Unsinnprojekt die Zustimmung verweigert hat – leider als einzige Fraktion im Rat, da selbst die Grünen zustimmten.

CDU protestiert

◀ gegen sich selbst. CDU-Bezirksvertreter aus Borbeck beklagten Ende letzten Jahres völlig zu Recht die prekäre Personalsituation im Kulturzentrum Schloss Borbeck. Dabei waren es ihre Parteifreunde, die wenige Tage zuvor im Rat weitere Stellenstreichungen beschlossen hatten. Jaja, die Verwirrung, die Verwirrung.

Schulabwicklung statt Schulentwicklung

oder: wie ein Dezernent politische Aufträge ignoriert

Die Schullandschaft ist im Wandel. Auch wenn die von den LINKEN geforderte „Eine Schule für Alle“ nach skandinavischem Vorbild, die allen Kindern Zugang zu guter Bildung und bestmöglicher Förderung sichern soll, auf Landesebene von CDU, SPD, Grünen und FDP verhindert wurde, gibt es doch auf kommunaler Ebene einige Chancen, die Bildungslandschaft ein Stück weit hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu verschieben. Dies stellt alle Akteure vor eine große Herausforderung. Die Schulentwicklung unter Berücksichtigung des immer stärker nachgefragten Offenen Ganztags, der Inklusion und rückläufiger Schülerzahlen, benötigt eine umsichtige und vorausschauende Planung, um die daraus entstehenden Chancen bestmöglich zu nutzen.

Von Janina Herff
Vor diesem Hintergrund beauftragte im März 2010 der Schulausschuss der Stadt Essen auf Initiative von LINKEN und SPD gegen die Stimmen von CDU, EBB und FDP die Verwaltung, einen alle Schulformen (Primarstufe, Sekundarstufen I und II) umfassenden Schulentwicklungsplan vorzulegen. Dieser Plan sollte die demographischen Entwicklungen in der Stadt und in den Stadtteilen, die sozialräumliche Bedeutung der einzelnen Schulen für den Stadtteil, die bisherigen und die zu erwartenden Trends bei den Anmeldezahlen für die einzelnen Schulen, Mindestzügigkeiten für die einzelnen Schulformen und Schulen sowie die Qualität der Schulgebäude berücksichtigen. Ergänzt wurde dies auf Antrag der Linken am 21.03.2012 ge-

gen die Stimmen der FDP um die Durchführung einer Elternbefragung bei Grundschullehrern über die künftige Schulwahl, der eine Information der Eltern über die Schulform „Sekundarschule“ vorausgehen sollte. Bis heute sind die Verantwortlichen diesem Auftrag nicht nachgekommen. Der Dezernent Peter Renzel hält eine Schulentwicklungsplanung nach Gesichtspunkten schlicht für „Quatsch“, die CDU ist der Meinung, DIE LINKE wolle „Planwirtschaft“ betreiben. Anstatt die Stellschrauben, die die Kommune bei der Schulentwicklung hat, zu nutzen, werden die RatspolitikerInnen immer wieder häppchenweise vor scheinbar vollendeten Tatsachen gestellt. Kalte Abwicklung von Schulen – einzig mit zu geringen Anmeldezahlen be-

Dezernent verweigert sich

diesen emotionalen/soziale Entwicklung mehr – lediglich eine Dependenzlösung wird angestrebt. Inklusion ist hier das vorgeschobene „Argument“. Die Förderschulen würden nach Meinung des Dezernenten nicht gebraucht, gemeinsamer Unterricht sei das



Janina Herff ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

werde, kommentierte der Dezernent mit den Worten: „Eine weiterer Ausbau ist nicht vorgesehen.“ Die Verwaltung schönt in ihrer Berichterstattung die Realität vor Ort. Schulleiter (die nicht namentlich genannt werden möchten) berichten, dass die Bedarfe der Eltern nach wie vor nicht gedeckt werden können. Vielerorts werden nur Kinder angenommen, von denen beide Elternteile voll berufstätig sind. Anmeldungen von Kindern aus schwierigen sozialen Lagen können so oft nicht berücksichtigt werden. Zudem reichen die Räume oft nur zum bloßen Verwahren aus, Eltern fangen in Eigenengagement personelle Engpässe vor Ort ab. Individuelle Förderung oder gar fortschrittliche Konzepte wie die Rhythmisierung des Offenen Ganztags sind unter diesen Umständen kaum möglich. Wir werden nicht locker lassen, eine umfassende zukunftsfähige Schulentwicklungsplanung zu fordern. Das schlichte „Aussetzen“ politischer Mehrheitsbeschlüsse durch einen Dezernenten ist nicht länger hinnehmbar.

Ziel. Gemeinsamer Unterricht, Inklusion, das hört sich ja fast an wie die Politik der LINKEN. Jedoch werden auch hier Fakten geschaffen, ohne an die Folgen zu denken. Eine Inklusionsplanung, welche die Regelschulen auf einen gemeinsamen Unterricht „behinderter“ und „nicht-behinderter“ Kinder vorbereitet, ist nicht ansatzweise erstellt. Das kalte Abwickeln der Förderschulen ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt schlicht verantwortungslos. Auch beim Offenen Ganztags werden nicht erfüllte Ansprüche der Eltern einfach ignoriert. Eine Anfrage der LINKEN, wie denn die Stadt auf die stetig steigenden Anmeldezahlen reagieren

Weiterer OGS-Ausbau „nicht vorgesehen“

Abwickeln der Förderschulen ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt schlicht verantwortungslos. Auch beim Offenen Ganztags werden nicht erfüllte Ansprüche der Eltern einfach ignoriert. Eine Anfrage der LINKEN, wie denn die Stadt auf die stetig steigenden Anmeldezahlen reagieren

Chance zur Streichung der A 52 wieder verpasst

Stadt Essen und RVR lassen A 52 in „Wunschliste“ für Bundesverkehrswegeplan

M Von Wolfgang Freye

ehrer Stadträte haben sich in den letzten Wochen ebenso wie die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) mit Vorschlägen für den neu festzulegenden Bundesverkehrswegeplan ab 2015 befasst. Für Essen muss man allerdings sagen: Der Rat hätte sich mit dem Bundesverkehrswegeplan befassen sollen, denn er hat es nicht. Stattdessen hat der Oberbürgermeister Land und Bund ohne jede Beratung in den zuständigen Gremien mitgeteilt, dass die Stadt Essen nach wie vor die Durchstreckung der A 52 durch den Essener Osten will. Berufen hat Reinhard Pass (SPD) sich dabei auf den letzten Ratsbeschluss zum Thema. Der ist von 1998, also 14 Jahre alt. Das eigenmächtige Vorgehen des Oberbürgermeisters ist zumindest vom Stil her inakzeptabel. Die Diskussionen der letzten Jahre in Essen, auch in der SPD, hat Reinhard Paß dadurch ebenso ignoriert, wie das Ergebnis des Ratsbürgerentscheides in Gladbeck. Dort lehnte eine überraschend deutliche Mehrheit den Bau der A 52 quer durch die Stadt im letzten Jahr ab. Auch die rot-grüne Landesregierung hat den Ausbau der A

52 längst als „nachrangig“ eingestuft. Der Schwerpunkt beim Straßenbau soll schon aus finanziellen Gründen auf dem Erhalt des vorhandenen Netzes liegen. Die Chancen auf eine Verwirklichung des Ausbaus der A 52 sind damit eher gering. Dies gilt insbesondere für den Essener Teilabschnitt, der im noch gültigen Bundesverkehrswegeplan nicht ausfinanziert ist. Eine weitgehende Tunnellösung im Essener Osten, wie sie jahrelang versprochen wurde, würde die Kosten der Nord-Süd-Autobahn von Gladbeck bis zur A 44 im Essener Süden (einschließlich Ruhralleetunnel) heute auf über 2 Mrd. Euro treiben. Trotz dieser Entwicklungen hat auch die Verbandsversammlung des RVR die Chance verpasst, der A 52 in der Region endlich eine Absage zu erteilen. Der RVR konnte im Rahmen der Zuständigkeit für die Regionalpla-



Wolfgang Freye ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

nung erstmals Vorschläge für den Bundesverkehrswegeplan machen. Einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, sämtliche geplanten Teilabschnitte der A 52 aus der „Wunschliste“ zu streichen, wurde jedoch von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Nur die Grünen stimmten zu. CDU und FDP wollten mit dieser Entscheidung ganz bewusst auch ein Zeichen gegen den Bürgerwillen in Gladbeck setzen. Die SPD zog mit, obwohl der Gladbecker Bürgermeister ausdrücklich darum gebeten hatte, den Entscheid zu akzeptieren und zumindest

DIE LINKE lehnt auch Verbeiterung der A 42 ab

den Teilabschnitt aus der Vorschlagsliste zu nehmen. Zudem hatte der frühere Landeswirtschaftsminister Voigtsberger erklärt, das Land werde die Entscheidung akzeptieren. Dabei behindert die Auflistung der A 52 im Bundesverkehrswegeplan schon jetzt eine sinnvolle



Bürger wehren sich gegen die Durchstreckung der A 52 durch den Essener Osten

Nutzung der dafür vorgehaltenen Flächen. So sucht z.B. Ikea Entwicklungsflächen für einen Neubau seines jetzt am Limbecker Platz gelegenen Einkaufszentrums. In Frage kam auch eine Fläche im Essener Nordosten, die für die A 52 vorgehalten wird. Sie kann jedoch nicht entwickelt werden, solange sie für die A 52 „reserviert“ ist. Sicherlich gibt es andere Gründe, die gegen eine Verlagerung von Ikea in den Essener Nordosten

sprechen. Wer die Entwicklung der für die A 52 vorgehaltenen Flächen blockiert, braucht sich jedoch in anderen Zusammenhängen nicht über fehlende Gewerbeflächen zu beschweren. Auch den von der Industrie- und Handelskammer (IHK) vorgeschlagenen sechsspürigen Ausbau der A 42 lehnte die Fraktion DIE LINKE im RVR ab. Dieser Vorschlag, den die Verwaltung ohne jede Beratung in den Räten der anliegenden Städte in den Entwurf der Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan aufgenommen hatte, ist ein Schnellschuss, der durch keine solide Verkehrsprognose untermauert ist. Die A 40-Sperrung hat erst kürzlich gezeigt, dass die A 42 durchaus noch erhebliche Kapazitäten zur Aufnahme von Verkehr hat, während eine Verbreiterung ohne den Abriss ganzer Häuserblöcke in den dicht bebauten Wohnvierteln in Gelsenkirchen und dem Essener Norden nicht möglich wäre. Trotzdem haben selbst die Grünen dem IHK-Vorstoß zugestimmt – das verstehe, wer will. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE muss es verkehrspolitisch in den nächsten Jahren vor allem darum gehen, alle Kraft in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu stecken. Nach einer Studie der Wirtschaftsförderung

des RVR von 2008 liegt genau hier eins der großen Probleme des Ruhrgebietes. Und solange selbst der RRX von Dortmund nach Köln immer wieder verschoben und in Frage gestellt wird, können die Verkehrsprobleme der Region nicht gelöst werden.

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütelfür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.). Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder. Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Redaktionschluss der nächsten Ausgabe ist der 31.03.2013.

In Essen fanden sich Menschen aus verschiedenen Bereichen zum Bürgerbegehren kulturgut Essen zusammen. Sie wehren sich gegen die geplanten Kürzungen bei Bildung und Kultur. Seit Wochen tun sie vor allem eines: Unterschriften sammeln. Mit drei der Aktiven sprach Ernesto Klenget für den Essener Morgen.



Die Stadt Essen will bei bezahlbaren Kultur- und Bildungsangeboten Einschnitte vornehmen. Was bedeutet das in den Einrichtungen Volkshochschule und Folkwang Musikschule ganz konkret?

Hildegard: Die Folkwang Musikschule musste bisher 9,6 Planstellen kürzen, weitere vier sollen folgen. Das bedeutet insgesamt der Wegfall von über 230 Stunden Musikunterricht in nur einer Woche. Wichtige Schlüsselbereiche müssen aufgegeben werden, die insbesondere Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf betreffen.

Bernhard: Die Kultur- und Bildungseinrichtungen, die jetzt als Streichungsoffer erhalten, sind wichtige Stützen für die Lebensqualität in unserer Stadt. Die Kulturhauptstadt von 2010 warb gerade mit ihrer „lebendigen Kulturlandschaft“. Hier zu streichen heißt, unverzichtbare Elemente der Stadtkultur wegzukürzen.

Aber werden Eure Einrichtungen nicht ohnehin vor allem von Menschen genutzt, die sich auch Privatunterricht leisten könnten?

Hildegard: Eine voll ausgebaute kommunale Musikschule wie Folkwang leistet weit mehr als private Anbieter. Das umfassende Angebot und die vielfältige Zusammenarbeit der Lehrkräfte unterschiedlicher Fachbereiche bieten den Schülern von Rockbands über Ensembles bis zum großen Orchester die Möglichkeit, an diversen Veranstaltungen mitzuwirken. Nicht zu vergessen die Ausbildung in Gesang, Tanz und schauspielerischer Darstellung. Die Minderung des Angebotes lässt sich von privaten Anbietern nur bedingt auffangen. Sozialermaßbungen, Geschwister- und Mehrfächerermäßigungen gehören im Gegensatz zu uns nicht zu den Standards privater Schulen.

Natürlich sind die Kürzungen hart. Aber die Stadt Essen hat 2,2 Milliarden Euro Schulden. Wenn die Stadt Essen pleite ist, wird sicherlich erst recht gekürzt. Da müssen doch alle den Gürtel enger schnallen?

Anabel: Ich verwehre mich dagegen, die Kürzungen als alternativlos darzustellen und vor allem dagegen, dass eine Schuldenpolitik Vorwand wird, um soziale Ungerechtigkeit zu verschärfen. Eine demokratische Gesellschaft, die Kultur nur einem elitären Bürgertum zugänglich macht, verhält sich undemokratisch. Andere Gemeinden sind zum Beispiel dem Bündnis „Vermögensteuer jetzt“ beigetreten. Das heißt, es gibt auch andere politische Lösungen.

Wenn diese Themen so zentral sind: Ist dafür das Mittel des Bürgerbegehrens nicht viel zu schwach? Müsste man nicht viel mehr tun?

Anabel: Ein Bürgerbegehren ist eine wichtige urdemokratische Möglichkeit, dem politischen Willen des Bürgers Ausdruck zu verleihen. Seit einem Jahr organisiere ich regelmäßig Occupy-Demonstrationen und FlashMobs für soziale Gerechtigkeit. Nun diese konventionelle politische Möglichkeit zu wählen ist für mich ein wichtiges Mittel bei meinem Engagement für „echte“ Demokratie.

Bernhard: In der Tat bedarf es einer wachsenden Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger, so dass sie wirklich selbst aktiv die Stadtkultur mit Leben erfüllen. Im Friedensforum gehen wir diesen Weg mit den Mitteln von Veranstaltungen, Diskussionen, offenen Briefen, mit Demonstrationen, Kundgebungen, Friedensaktionstagen in der Stadt. Es muss ganz viel geschehen, um sich für ein Miteinander in dieser Stadt einzusetzen, das auf konstruktive Lösungen ausgerichtet ist. Das ist die Seele einer zukunftsfähigen Stadt.

Bürgerbegehren für den Erhalt städtischer Bildungs- und Kultureinrichtungen gestartet

„Vor Ort für das Grundrecht Kultur kämpfen!“

kulturgut Essen ist nicht das erste Bürgerbegehren in Essen. Es sind einige Begehren daran gescheitert, dass sie nicht genügend Unterschriften gesammelt haben. Was macht euch so sicher, dass es euch gelingen wird?

Hildegard: Es sind kulturelle Bildungs- und Basiseinrichtungen der Stadt Essen, die wir schützen wollen, die jeder kennt, selber nutzt oder genutzt hat und nicht missen möchte. Somit sprechen wir Bürger jeden Alters an, die wir durch ein gut organisiertes Netzwerk auch erreichen werden.

Bernhard: Wir haben viele namhafte Unterstützer, wie Stoppok, Dozenten bis hin zur Folkwang Hochschule, Uwe Lyko (alias „Herbert Knebel“), Unternehmen, Gewerk-



schaftler, Künstler, Pädagogen, Pfarrer, Bürgerinnen und Bürger aus allen Stadtteilen.

Welche Reaktionen habt ihr bislang auf euer Anliegen erhalten? Was sagen euch die Menschen in Essen, wenn ihr die Unterschriften sammelt?

Hildegard: Viele sind durch die Medien informiert und sind froh, darüber sprechen zu können. Andere müssen erst über die Beschlüsse des Rates informiert werden.

Doch wenn es um Sparmaßnahmen bei der Bildung von Kindern und Jugendlichen geht, sind sie froh, dagegen aktiv etwas tun zu können und es nicht nur als beschlossene Sache hinnehmen zu müssen. Generell wünschten sie sich mehr Information und mehr Mitbestimmung in Angelegenheiten, die sie betreffen.

Anabel: Bei der Unterschriftensammlung kommt es oft zu langen, wichtigen Gesprächen. Ich versuche dabei ein Bewusstsein für demokratische Grundbedürfnisse zu wecken und den politischen Diskurs wieder in den öffentlichen Raum zu bringen.

Anabel, Du kritisierst als Künstlerin und politische Aktivistin die Entwicklungen der Finanzmärkte. Auch wenn es in die falsche

Richtung geht: Die Einschnitte hier sind daneben doch eher Kleinigkeiten. Warum gibst Du dich damit ab?

Anabel: Da sag ich mal, global denken, kommunal handeln! Solange Politik in Europa, im Bund und in den Ländern nur im Blick hat Märkte zu beruhigen, statt einer solidarischen, freien Gesellschaft zu dienen, müssen die Bürger vor Ort für ihre Grundrechte wie Kultur kämpfen. Wenn unsere Kommune kritiklos Diener der Finanzmarktpolitik des Bundes wird, muss man mit allen Mitteln dagegen angehen.

Viele Menschen finden die Kürzungen falsch, meinen aber, dass sie doch ohnehin nichts ändern können. Was gibt ihr diesen Menschen mit?

Anabel: Demokratie muss gelebt werden. Bürger müssen sich fragen, in was für einer Gesellschaft sie leben wollen. Vor allem müssen sie diese aktiv mitgestalten. Ansonsten wird die Wählerstimme zu einem Blankoscheck mit einem Vertrauensvorschuß, dem die Politiker schon lange nicht mehr gerecht werden.

Hildegard: Nicht zu resignieren, sondern darüber zu reden, sich zu informieren. Das könnte vor Ort z. B. die Bezirksvertretung sein und das Internet. Sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen und den Mut haben aktiv zu werden, wie wir mit dem Bürgerbegehren kulturgut Essen.

Bernhard: Unsere Hoffnung speist sich nicht alleine aus der Aussicht auf Erfolg sondern aus der Einsicht, dass der Einsatz Sinn macht. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren. Viele begeisterte Aktive lassen hoffen, dass wir es schaffen, wenn wir alles geben!

Vielen Dank dafür, dass ihr euch die Zeit genommen habt!

An unserem Gespräch nahmen teil:

Hildegard Huber, Förderverein Folkwang Musikschule
Anabel Jujol, Occupy-Aktivistin
Bernhard Trautvetter, Mitglied im Sprecherkreis des Essener Friedensforums

Einige Haushaltskürzungen im Überblick

Stadtarchiv: Streichung von 2,0 Stellen. Folgen nach einem Verwaltungspapier: „Die Aufgaben ... (hier: Säubern, Umbetten und Einlagerung von Archivgut, d. Red.) können künftig nicht mehr wahrgenommen werden, was sich nachteilig auf den Schutz der Archivalien auswirkt.“

Stadtbibliothek: Streichung von 15,2 Stellen, darunter 8 bei den Stadtteilbibliotheken. Auswirkung: „reduzierte Besetzung der Zentralen Information oderzeitweiligen Schließungen der Informationstheken der Spezialabteilungen Kinderbibliothek und Musikbibliothek“, „Reduzierung von Öffnungszeiten in den Stadtteilbibliotheken“.

Volkshochschule: Streichung von 8,4 Stellen, darunter Schließung der Außenstelle Borbeck und Wegfall der Angebote „kulturelle Bildung“ und „Arbeit und Beruf“. Folgen: „... die entstehenden Mindereinnahmen (können) bei den Entgelten nicht kompensiert werden (...). Durch Wegfall der Refinanzierung des Landes und durch den Verlust von Entgelteinnahmen entstehen Mindereinnahmen von rd. 170 T Euro.“

Folkwang Musikschule: Wegfall von 12,6 Stellen, darunter allein 12,1 Stellen im Unterrichtsbetrieb. Folgen: „... der Nachfrage nach Unterrichtsplätzen kann nicht nachgekommen werden, Abwanderung zu privaten Anbietern.“ Und: „Je 1,0 VZÄ ist bei den Musikschullehrern mit einem Minderertrag von 25.000 Euro p.a. bei Wegfall der Leistung zu rechnen.“

Der Gesamtumfang der Personalkürzung allein bei diesen Einrichtungen macht 2,17 Mio. Euro pro Jahr aus. Dazu kommen beispielhaft:

Streichung von 5 Stellen in den Bürgerämtern. Folgen nach einem Verwaltungspapier: „deutliche Reduzierung des wohnortnahen Angebots (...), Wartezeiten werden deutlich steigen“.

Schulen und Schulverwaltung: Streichung von 62,7 Stellen, darunter vor allem 24 Hausmeisterstellen und 17 Stellen bei der Grundschul- und Ganztagsbetreuung. Folgen: Hausmeister betreuen außerschulische Veranstaltungen nicht mehr, die Mensa des Berufskollegs wird privatisiert, vor allem aber Arbeitsverdichtung in allen Bereichen, was sich vornehm „Realisierung aufgabengerechten Personaleinsatzes“ nennt.

Diese Aufstellung ist unvollständig. Weitere Kürzungen in allen Bereichen, vom Streifendienst bis zum JobCenter, von der Immobilienverwaltung bis zu Buchhaltung und Controlling, ergänzen diese Liste.

Hartz4-Beratung

Allein machen Sie Dich ein!

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass ein sehr wichtiges Thema in den Rechtskreisen der Sozialgesetzbücher das Angebot der offenen und kostenlosen Rechts- und Sozialberatung ist. Diese Beratungen werden mit Unterstützung von versierten Fachanwältinnen und -innen von der BG45-Hartz4-Netzwerk-Essen e.V. und dem Verein ProPolis angeboten. Kooperationspartner ist u.a. DIE LINKE.Essen.

Von Herwig Heupel

Ein Großteil aller durch das Job-Center Essen, Sozialamt und Grundsicherungsamt erlassenen Bescheide und formalen Entscheidungen sind fehlerhaft und bedürfen einer Korrektur. Diese Korrekturen lassen sich vielfach nur mit anwaltlicher und letztendlich gerichtlicher Hilfe durchsetzen. Selbst die Bundesagentur für Arbeit ist davon nicht ausgenommen, weshalb auch oftmals Leistungsberechtigte mit Arbeitslosengeld I betroffen sein können. Von daher ist es angesagt, dass Betroffene aus den o.a. Rechtskreisen regelmäßig die angebotenen Rechts- und Sozialberatungen aufsuchen und alle Bescheide kontrollieren lassen, die an sie ergangen sind. Nur so lässt es sich verhindern, dass

Leistungsberechtigte zu wenig Leistungen erhalten, denn besser können die o.a. staatlichen Institutionen kein Geld einsparen.

Um dem entgegenzuwirken, sollten sich auch von Arbeitslosigkeit Bedrohte bereits im Vorfeld zu den angebotenen Beratungen begeben, um sich dort über ihre Rechte aufklären zu lassen. Selbiges betrifft auch Wohngeldempfänger, im Prinzip alle Menschen, die in irgendeiner Form soziale Transferleistungen erhalten. Die Beratungsstellen

sind auch gerne beim Ausfüllen der entsprechenden Anträge behilflich, teilweise sind diese wirklich so kompliziert, dass sie „Otto-Normal-Verbraucher“ kaum durchschauen kann.

Darüber hinaus verkomplizieren ständige Gesetzesänderungen und diverse höchstinstanzliche Gerichtsurteile die entsprechende Rechtslage oftmals, bzw. verändern sie deutlich, so dass es für die Betroffenen besser ist, sich von kompetenten Personen, die sich tagtäglich damit

beschäftigen, informieren zu lassen.

Bitte niemals vergessen: Leistungsbezüge in diesen Rechtskreisen sind keine „staatlichen Almosen“ sondern ein Rechtsanspruch. Selbst wenn vielfach der Eindruck entsteht, dass SachbearbeiterInnen in den entsprechenden Behörden ihr eigenes Geld dafür hergeben müssen, darf man sich davon nicht beeindrucken lassen.

Sie verwalten Steuergelder, wobei auch die SachbearbeiterInnen letztendlich von diesen leben.

Niemand, der sich gegen Unrecht wehrt, muss Repressalien seitens der zuständigen Behörden befürchten, denn diese sind an Recht und Gesetz gebunden. Und die Erfahrungen aus den Rechts- und Sozialberatungen zeigen deutlich, dass im Prinzip genau das Gegenteil der Fall ist: Leistungsberechtigte, die sich erfolgreich gegen Fehler und Fehlverhalten gewehrt haben, werden seitens der Ämter respektiert und in keinsten Art und Weise gegängelt.



Herwig Heupel ist 2. Vorsitzender der BG 45 - Hartz4-Netzwerk-Essen

Zum Abschluss noch ein paar einfache Verhaltensregeln, die den Umgang mit den o.a. Behörden deutlich erleichtern:

- Treten Sie höflich selbstbewusst und selbstsicher auf, Sie sind kein Bittsteller.
- Lassen Sie sich von Behördenmitarbeitern nicht unter Druck setzen.
- Nehmen Sie wenn möglich zu jedem Termin einen Zeugen mit,

Sie haben ein gesetzlich garantiertes Recht darauf.

• Stellen Sie eine gerichtsichere Übergabe von Dokumenten her, lassen Sie sich den Empfang durch Stempel quittieren oder eine Empfangsbescheinigung ausstellen.

• Wenn Sie Schriftstücke in einen Briefkasten werfen, notieren Sie sich Datum und Zeit und vermerken diese zusätzlich sicherheitshalber auf dem Briefumschlag, am Besten in der Gegenwart eines Zeugen, der über den Inhalt der Schriftstücke in Kenntnis gesetzt ist, oder fotografieren Sie den Umschlag vor dem Briefkasten.

• Reichen Sie, sofern Unterlagen von Ihnen angefordert werden, niemals Originale ein, sondern lediglich Kopien.

• Unterschreiben Sie vor Ort niemals seitens der Behörde vorgelegte Schriftstücke, sie haben einen gesetzlichen Anspruch darauf, diese mit nach Hause zu nehmen und in Ruhe durchzulesen, bzw. sich von anderer Stelle über den Inhalt aufklären zu lassen, bevor Sie diese dann ggfs. unterzeichnet der Behörde zurück geben.

JobCenter



Erwerbslosen-Frühstück

Die BG45 - Hartz4-Netzwerk-Essen bietet in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE 14-tägige Frühstücke für Erwerbslose an.

Die Treffen finden jeweils dienstags von 10 bis 12.00 Uhr im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, statt und dienen dem Austausch untereinander.

Interessierte sind herzlich einladen, für das leibliche Wohl ist gesorgt!

Die nächsten Termine:

Jeden zweiten und jeden letzten Dienstag im Monat ab 10 Uhr:

08.01. + 29.01.2013
12.02. + 26.02.2013
12.03. + 26.03.2013

Zur Personalsituation im JobCenter stellte DIE LINKE folgende Anfrage:

Personalsituation FB56 / JobCenter Essen
1. Wie viele MitarbeiterInnen sollten laut Stellenplan am 6.12.2012 im JobCenter Borbeck eingesetzt werden?

2. Wie viele MitarbeiterInnen des JobCenters Borbeck waren zum 6.12.2012 krank gemeldet, für anderweitige Tätigkeiten abgezogen (Bearbeitung BuT-Anträge etc.) oder in Urlaub - bitte aufgeschlüsselt nach Abteilungen?

3. Wie viele Stellen im JobCenter Borbeck waren zum 6.12.2012 unbesetzt? Falls ja, seit wann sind diese unbesetzt und in welchem Zeitraum werden sie wiederbesetzt?

4. Für wie viele Bedarfsgemeinschaften sind die einzelnen JobCenter jeweils zuständig, wie ist die jeweilige personelle Ausstattung?

Hans Peter Leymann-Kurtz

Erstes Essener Erwerbslosenplenum

Klagen statt Fragen

Von Waltraut Steuer

Kurz vor Weihnachten fand auf Einladung der BG45 - Hartz4-Netzwerk-Essen ein erstes Essener Erwerbslosenplenum statt. Rund 30 Personen kamen, und nach einem Austausch der eigenen Erfahrungen mit der Optionskommune wurden weitere Verabredungen getroffen. Klar ist, dass nach diesem gelungenen Auftakt das Plenum fortgeführt und einmal im Quartal einberufen wird.

Es bestand Einigkeit darüber, dass das Erwerbslosenplenum politischen Einfluss nehmen möchte auf Verwaltung und Politik in Essen. Sozialdezernent Peter Renzel wird von uns Post

Hartz4

Widersprüche und Klagen erfolgreich

Widersprüche und Klagen gegen Hartz4-Bescheide haben durchaus Aussicht auf Erfolg: Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden im November 2012 bundesweit 61.813 Widersprüche eingelegt, 21.733 - also mehr als ein Drittel - wurde ganz oder teilweise stattgegeben. Zusätzlich bearbeiteten die Sozialgerichte im November 11.819 Klagen, von denen knapp die Hälfte (5.231) ganz oder teilweise erfolgreich waren. Diese deutlich überproportionalen Erfolgsquoten sind eine schallende Ohrfeige für die rot-grünen Initiatoren der Hartz4-Gesetzgebung. Man möge sich ähnliche Erfolgsquoten mal bei Widersprü-



Waltraut Steuer ist Vorstandsmitglied in der BG 45 - Hartz4-Netzwerk-Essen

erhalten. Die LINKE Ratsfrau Gabriele Giesecke wird uns dabei unterstützen, unsere Ergebnisse in Form von Anfragen und Anträgen in den ASAG (Ausschuss

für Soziales, Arbeit und Gesundheit) einzubringen.

Auf dem nächsten Treffen beschäftigen wir uns mit dem Thema Weiterbildung und Umschulung im Rechtskreis SGB II. Die BG45 wird dazu einen Gast als Referenten einladen. Weitere Themen, die für die Zukunft gesammelt wurden sind: Kompetenzanalyse, Datenschutz, das Softwareprogramm Kompass.

Im Austausch und in der Diskussion wurde (wieder einmal) deutlich, dass das JobCenter Essen seiner Beratungs- und Informationspflicht nicht (oder wohlwollend: unzureichend) nachkommt. Wir erleben diesen Zustand seit 2005, aber alles was seitdem zu kritisieren war, hat sich in 2012 mit der Einfüh-

rung der Optionskommune für die Leistungsberechtigten weiter verschlechtert.

Wichtig ist vor allem, dass sich niemand abschrecken lässt. Fragen dürfen und sollen an die MitarbeiterInnen des JobCenters in mündlicher wie schriftlicher Form gestellt werden. Und jeder hat das Recht auf Antworten.

Unverzichtbar sind Widersprüche gegen Leistungsbescheide (die „Fehler“quote ist immens hoch), Sanktionsanordnungen sowie das Stellen von Überprüfungsanträgen nach §44 SGB II (für rückwirkend erhaltene Leistungen). Wir brauchen auch mehr Mut, um Dienstaufsichtsbeschwerden zu verfassen und letztlich Klagen, Klagen, Klagen. Das menschenverachtende System mit seinem Strafgesetzbuch kann nur durch Klagen vor dem Sozialgericht angegriffen werden. Die Fachanwältinnen für Sozialrecht bieten inzwischen wöchentlich acht Offene Hartz4-Beratungstermine in Essen an. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Nächster Termin des Essener Erwerbslosenplenums: Freitag, 22. März 2013, 16.00 bis 18.00 Uhr, im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1 (Nähe Rathaus).

Offene Hartz4-Beratungen

jeden Montag, 9.00-11.00 Uhr
Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), ALTENDORF

jeden Dienstag, 10.00-12.00 Uhr
Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, ALTENESSEN

jeden Dienstag, 13.30-16.30 Uhr
Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Donnerstag, 9.00-12.00 Uhr
Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, KATERNBERG

jeden Donnerstag, 16.00-18.00 Uhr
Geschäftsstelle Kreisverband DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Freitag, 9.00-11.00 Uhr
Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), BORBECK

jeden Freitag, 9.00-12.00 Uhr
Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, STEELE

Wie bringt man die Themen Haushaltskonsolidierung, Essen.2030 und das Bürgerbegehren Kulturgut Essen auf einen Nenner? Schreiben wollte ich den Artikel mit diesen Themen ohnehin. Da bietet mir Oberbürgermeister Reinhard Paß mit seiner „Neujahrsansprache“ zwischen den Feiertagen genau die richtige Vorlage. „Weiter konsequent sparen!“ lautet seine Botschaft.

Von Claudia Jetter

Mach ich! Jeden Monat 70,00 Euro auf ein Sparbuch. Ergibt 840,00 Euro im Jahr. Wenn allerdings eine Stadt spart, dann muss da ja ein Batzen zusammenkommen! Um dann nachher – nach Monaten oder gar Jahren – einen großen Betrag zur Verfügung zu haben. Zum Beispiel, um die vielen Vorschläge aus der beraterteilnehmenden Bürgeranhörung Essen.2030 umzusetzen. Oder kosten die alle nix?

Und als ich mir so meine Gedanken mache, durchzuckt es mich plötzlich wie von einem Blitz: „Sparen“ und „Essen.2030“? Jetzt wird mir alles klar: Weihnachten und die Zeit der Geschenke ist vorüber, und der Oberbürgermeister möchte mit seiner Ansprache die Essener Bürgerinnen und Bürger ganz sanft und durch die Blume darauf aufmerksam machen, dass das auch für die Stadt und ihr Dienstleistungs- und Serviceangebot gilt. Und zwar für lange Zeit. Um den Menschen in diesen düsteren Zeiten aber nicht die letzte Hoffnung rauben zu müssen, gibt's für die, die sich ein Überleben für die nächsten 17 Jahre vorstellen können, doch noch eine frohe Botschaft: Essen 2030. Zugegeben, das dauert noch ein Weilchen und die Strategie ist zwar uralt, aber in neuem oder altem Gewand häufig wirksam. Heilserwartungen in die Zukunft zu verschieben, hat ja so manche Religion im Programm und auch ein Großteil der Finanzmarktspekulation beruht auf diesem Prinzip. Und weil Essen so eine dramatische Haushaltslage hat, sind es eben nicht die biblischen sieben mageren Jahre, sondern glatte 17.

Andererseits beruht ja der desaströse Haushalt der Stadt Essen darauf, dass die Einnahmen der Stadt nicht so hoch sind wie ihre Ausgaben. Und deshalb hat der Rat der Stadt Essen in seiner Novemberversammlung beschlossen, die Ausgaben für viele Personalstellen und Bürgerserviceleistungen zu sparen. Richtig heißt das ja, SICH die Ausgaben zu sparen und das ist nichts anderes, als diese Leistungen weg zu kürzen. Dieser schludrige Umgang mit der deutschen Sprache gibt in der Schule schlechte Deutschnoten, auf dem Sparbuch keine Kohle und im Rat der Stadt führt er dazu, Tatsachen zu verschleiern oder zu beschönigen. So musste Nina Herff in ihrer Haushaltsrede darauf aufmerksam machen, dass es sich bei der vielbeschworenen **AUF**gabenkritik ja tatsächlich nur um **AUS**gabenkritik gehandelt habe. Und da sind wir auch schon wieder bei dem Punkt, um den es geht: Man hätte auch versuchen können, die Einnahmen zu erhöhen. Aber selbst unser Antrag auf Beitritt zur Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ wurde vom Viererbündnis und somit der Ratsmehrheit abgelehnt.

Stattdessen hat man wenige Sitzungen zuvor beschlossen, eine Art Hartz4 für Städte in Finanznot in Anspruch zu nehmen. Stärkungspakt heißt diese Finanzhilfe des Landes und steigert für wenige Jahre die Einnahmeseite, ist aber mit der Auflage verbunden, die Einnahmen den Ausgaben anzupassen. Und zwar fix! Damit ab 2015 zum ersten Mal seit 1982 der enorme Kredit in Höhe

Wie soll diese Messe einen Kredit von 100 Millionen zurückzahlen?

von 3 Mrd. Euro um einige Millionen reduziert werden kann. Und damit der Haushalt der Stadt Essen spätestens im Jahr 2020 ausgeglichen ist. Ähnlich wie bei Hartz4 gab es auch hier eine Bedürftigkeitsprüfung. Die hat die Stadt Essen bestanden, da sie seit Jahrzehnten einen nicht genehmigten Haushalt und zu geringe Einnahmen vorweisen kann.

Ähnlich wie bei Hartz4 wurde nicht geprüft, ob man vor Beantragung noch schnell Geld ausgegeben hat. So zum Beispiel rund 42 Millionen Euro für ein Stadion, 12 Millionen Euro für einen Parkplatz und eine

Bürgerschaft in Höhe von schlappen 100 Millionen Euro an die Messe. Apropos Bürgerschaft: Da die Messe ja noch nicht einmal aus eigener Kraft überleben kann – heißt auch hier: die Einnahmen der Messe sind nicht so hoch wie ihre Ausgaben! – muss die Stadt Essen den jährlichen Verlust der Messe in zweistelliger Millionenhöhe ausgleichen. Ganz selbstbewusst hat die Messesegegeschäftsführung kürzlich angekündigt, dass sie noch mehr Verlust machen werde und daher die Stadt Essen mehr Geld überweisen müsse.

Wie bitteschön soll diese Messe dann einen Kredit von 100 Millionen Euro zurückbezahlen? Ganz einfach: Die Kreditraten der Messe sind Ausgaben, diese erhöhen den Verlust, den die Messe ohnehin schon macht. Und da die Stadt den Verlust ausgleicht, zahlt sie somit auch die Kreditraten. Hätte sie das nicht direkt machen können? Wahrscheinlich nicht! Denn sonst wäre die Stadt bei der Bedürftigkeitsprüfung vermutlich durchgefallen und hätte keine Stütze aus dem kommunalen Stärkungspakt erhalten. Ob, wann und für wen sich diese Investition – abgesehen von den Beschäftigten der Messe selbst

und einigen Übernachtungs- und Gastrobetrieben – jemals auszahlen wird, ist kaum auf seriöser Grundlage zu ermitteln und bleibt rein spekulativ. Aber alles wird gut! Spätestens 2030!

Oder 2031. Denn dann läuft spätestens der Leasingvertrag der Messe mit einem US-Investor ab und die Messe Essen gehört dann tatsächlich und ohne rechtliche Winkelzüge ganz und gar der Stadt. Doch zurück zum Strategieprozess 2030. Dieser wurde mit großem Brimborium eingeleitet und kann auch erste Ergebnisse vorweisen. Bedauerlicherweise ist die von Teilen der Essener Wirtschaft zur Verfügung gestellte Finanzierungshilfe in Höhe von 800.000 Euro für diesen Prozess vom kostspieligen Berater bereits ausgegeben. So bleibt unklar, wie ein weiterer Beteiligungsprozess aussehen könnte. Aber wir haben ja Zeit. Es geht ja ohnehin nur um Ideen für das Jahr 2030.

Vielleicht wird deshalb vom OB immer wieder betont, dass hier ein beispielhafter Umgang mit Bürgerbeteiligung stattgefunden habe. Denn die Umsetzung der Ideen liegt ja in weiter Zukunft und bis dahin läuft



Claudia Jetter ist Ratsfrau für DIE LINKE. Essen

noch viel Wasser die Ruhr hinunter. Spannend wird es bei den aktuellen Ideen und Wünschen der BürgerInnen: Das Bürgerbegehren Kulturgut Essen nimmt volle Fahrt auf und will die Kultur- und Bildungseinrichtungen in Essen in vollem Umfang erhalten. Das sind sinnvolle und erfolgversprechende Investitionen in die Zukunft, von denen jetzt schon klar ist, dass sie sich auszahlen. Und zwar für die Essener Bürgerinnen und Bürger. Bildung ist auch im Strategieprozess als wichtiges Ziel erkannt worden. Aber Bildung muss für alle zugänglich und damit bezahlbar sein. Diese Investition wird JETZT benötigt und nicht erst im Jahr 2030.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Oberbürgermeister zu den aktuellen Wünschen der Bürgerinnen nach Erhalt der Bildungs- und Kultureinrichtungen verhält. Sein Verhältnis zu Beteiligung ist da eher zwiespältig, hatte er doch kurzerhand das Bürgerbegehren gegen die Schließung der Stadtteilbibliotheken für unzulässig erklärt. Also Bürgerbeteiligung, von einer

Unternehmensberatung inszeniert, ist ausdrücklich erwünscht und soll in Ratsbeschlüsse umgesetzt werden, aber die Ausübung demokratischer Rechte in Form eines Bürgerbegehrens soll unzulässig sein? Das ist ein denkwürdiger Umgang mit demokratischen Beteiligungsrechten, und es mutet schon merkwürdig an, dass sich die Stadtverwaltung in einer Kommune, die ja die kleinste demokratische Einheit ist, in der die gewählten VertreterInnen und die handelnden Verantwortlichen in der Verwaltung den BürgerInnen so nahe wie sonst in keiner anderen politischen Ebene sind, einer Unternehmensberatung bedient, um die Vorstellungen der eigenen Stadtbevölkerung zu ermitteln. Vielleicht ergeben sich mangels weiterer Finanzausstattung ja kreative, kostengünstige Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Vielleicht könnte man ja langfristig ein Forum an der Volkshochschule einrichten.

Oder Workshops dort für alle Menschen und nicht nur auserwählte durchführen. Kreative Ideen von kreativen Köpfen ist doch das, was sich alle wünschen. Wenn es dabei nicht nur um finanzielle, sondern auch um humane Wertschöpfung gehen soll, muss jetzt in die Zukunft Essens investiert werden. Und damit meine ich nicht die Messe!



Lars Martin der Letzte Kammerer von Gottesgnaden

Hartz4 für die Stadt Essen – Opium für die BürgerInnen

Griechenland: Perspektiven sehen anders aus

Von Lebenskünstlern zu Überlebenskünstlern

Interview mit Dr. Georgios Terizakis, Politikwissenschaftler an der TU D

Herr Terizakis, Sie sind Politikwissenschaftler, leben in Deutschland und kennen die Situation vor Ort in Griechenland. Was denken Sie, wenn Sie die Berichterstattung der deutschen Medien betrachten und dies mit der Realität vor Ort abgleichen?

Auffällig finde ich die Diskrepanz in der Auseinandersetzung zwischen den deutschen und den griechischen Medien und der Realität vor Ort. Die mediale Auseinandersetzung hat von Anfang an, also seit dem Aphrodite-Cover des Focus [im Februar 2010 - Anm. d. Redaktion], eine eigene Dynamik gehabt. Dadurch wird hier wie dort selektiv berichtet, also darüber, was einem selbst in den Kram passt. Zunehmen gibt es aber auch gute Reportagen, die die alltägliche Misere der griechischen Bevölkerung unter die Lupe nehmen und den deutschen BürgerInnen ein Bild von der Lage vor Ort vermitteln, was ja die zentrale Aufgabe von Medien sein sollte. Mittlerweile ist auch in Deutschland angekommen, dass große Teile der griechischen Bevölkerung Probleme haben, sich mit dem nötigsten zu versorgen. Dabei muss man nicht an Lebensmittel denken, eher an notwendige Medikamente zum Beispiel. Insgesamt ist der angerichtete Schaden durch die Medien beider Seiten als enorm zu einzuschätzen. Dieser Schaden äußert sich weniger in Wut, als in einem gegenseitigen Enttäuschtsein.

Zwei Begriffe, die inzwischen - nicht zuletzt aufgrund der hiesigen Berichterstattung - das Bild von Griechenland prägen, sind Pleite und Chaos. Ist Griechenland nicht schon längst pleite? Herrscht, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und einem Wegbrechen der Mittelschicht, nicht schon längst das Chaos - zumindest im Alltag der Leute?

Ja, die Bindestrichgriechen ... Es gibt mittlerweile schon erste Untersuchungen in diesem Bereich, die nahe legen, dass einige Problem durchaus herbeigeredet wurden. Faktisch hat sich vor allem die Lebenswelt der Griechinnen und Griechen geändert: prekäre Anstellungen und niedrige Gehälter gab es auch vor der so genannten Krise. Hinzu gekommen ist, ein enormes Kürzungsprogramm und ein Mangel an Perspektive. Aus kreativen Lebenskünstlern sind kreative Überlebenskünstler geworden. Damit meine ich, dass seit 2009 fast alle Bevölkerungsschichten von dem Umwälzungen betroffen sind und schauen müssen, wie sie ihren Lebensalltag meistern: Einkaufen, Heizen, Miete und Darlehen zahlen, Mobilität, Ausbildung etc. Alle Bereiche sind betroffen und die Griechen versuchen notdürftig, die entstandenen Löcher in ihrer Haushaltskasse zu stopfen. Das dies chaotisch wirkt, ist nicht von der Hand zu weisen, aber auch nachvollziehbar.

Wie versuchen die Menschen denn, die Löcher zu stopfen?

Ich war bei meinem letzten Grie-



Gehören immer mehr zum Straßenbild: Geschlossene Läden, hier auf der Promenade in Athen.

Foto: Jörg Bütelfür

chenlandaufenthalt überrascht, wie gut der Tausch von Naturalien wieder funktioniert. Wer einen Garten hat, tauscht gerne gegen andere Lebensmittel wie Fleisch. Das ganze findet auf der Ebene von Freunden, Verwandten und Nachbarn statt. Das läuft nicht über das Internet und ist somit von außen aus Deutschland kaum sichtbar.

Im Oktober 2008, als die gegenwärtige Krise gerade ausgebrochen war, hielt der damalige Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei NRW, Frank Richter, eine viel beachtete Rede

auf dem Landesparteitag der LINKEN. Als Polizist, so Richter, habe er gelernt, dass Geld nicht einfach verschwinden könne. Deshalb die Frage: Griechenland ist pleite - wo ist das Geld hingegangen?

„Wir bezahlen ja schließlich, so das populäre Argument.“

Es ist mittlerweile überall durchgedrungen, dass die Kredite, die der griechischen Regierung gewährt werden, bei der Bevölkerung nicht ankommen. Umgekehrt haben die griechischen Politiker selbst lange Zeit suggeriert, dass Geld in Griechenland vorhanden ist und es nur genutzt werden muss. In der Tat

gibt es Profiteure nicht nur der Krise, sondern vor allem der ersten 2000er Jahre. Speziell jene, die von der Olympiade und der Laissez-faire-Politik dieser Zeit profitierten. Zu nennen wären griechische Bauunternehmer in einem Atemzug mit internationalen Großunternehmen. Der griechische Durchschnittsbürger - ca. ein Drittel sind selbstständig beschäftigt - schloss sich diesem Wandel an und überreichte den Finanzämtern Fantasiezahlen bezüglich seines Einkommens. Letztlich sei aber auch daran erinnert, dass auch



Dr. Georgios Terizakis

wir in Deutschland durch die Kredite profitierten. Vielleicht nicht so sehr ökonomisch, mehr wohl durch eine neue Machtkonstellation in Europa, in der die Bundesregierung deutlich die Richtung der europäischen Entscheidungen vorgibt. Wir bezahlen ja schließlich, so das populäre Argument.

Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Lösungsansätze unserer Schwesterpartei, dem Wahlbündnis SYRIZA

Mir fallen zwei Dinge bei SYRIZA auf: Erstens ist SYRIZA keine Parteieugründung, sondern wurzelt historisch in der Eurokommunistenbewegung. SYRIZA ist also durch die Krise relevant geworden. Sie hat, wenn man so will, von ihr profitiert und dies wird ihr ja auch zum Vorwurf gemacht, aus allen politischen Lagern.

Zum anderen erinnert die Karriere von SYRIZA an die PASOK der 1970er Jahre. Ebenso radikal in der Rhetorik, aber pragmatisch in den Inhalten. Das ist nicht als Kritik zu verstehen, sondern eröffnet ihr tatsächlich die Möglichkeit, eines Tages die Regierung übernehmen zu können. Und was ich an Hintergrundinformationen habe, scheint dort ernsthaft und nachhaltig innerhalb der Partei gearbeitet zu werden. Vor allem der Aspekt, dass sie sich nicht zur Regierung vorgesehene Unternehmen drängen lässt, kann Vorteile haben. Denn man muss bedenken, dass SYRIZA eine Vereinigung von Parteien ist und keine einheitliche Partei. Damit ist der Koordinationsaufwand groß und dies geht zu Lasten der Entscheidungsfähigkeit der Partei. Das macht sie aber auch anfällig für Populismus, der in Griechenland eine unruhliche Tradition hat.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Strategie der Troika, Kredite an Griechenland zu geben, damit diese ihre eigenen Staatsanleihen zurückkaufen können? Ist das tatsächlich ein Vorteil für Griechenland oder eher für die Gläubiger, die dann zwar nur einen Teil ihres

Ενοικιάζεται η Ελλάδα - Griechenland zu vermieten



Stimmungsmache á la FOCUS

Von Claudia Jetter

Bereits in unserer Ausgabe vom Juli 2011 haben wir in einem umfangreichen Griechenland-Dossier über Hinter- und Abgründe der so genannten Krise informiert. In den seit daher vergangenen 18 Monaten gab es neben unzähligen Finanzierungshilfen und so genannten Sparprogrammen für Griechenland, zahlreichen Demonstrationen und Streiks der Bevölkerung - darunter mehrere Generalstreiks - eine Übergangsregierung und eine Neuwahl. Trotz der meist von nicht-griechischen Institutionen (u.a. IWF, EU, EZB) mehr oder weniger gelenkten Kürzungspolitik und trotz der Finanz-„Hilfen“ meldete die griechische Statistikbehörde 23,1 Prozent Arbeitslose im Juli 2012 (April: 22,5 Prozent). Besonders hart sind die jungen Griechinnen und Griechen betroffen: Jeder Zweite unter 25 Jahren hat keinen Job, obwohl viele gut ausgebildet sind. Von der Arbeitslosigkeit in die Armut ist es auch in Griechen-

land nur ein kleiner Schritt: Das Arbeitslosengeld in Höhe von maximal 360 Euro im Monat reicht auch in Griechenland kaum zum Leben. Im Juni 2012 stellte die EU-Kommission (Vierteljährlicher Bericht zur Beschäftigungssituation in Europa) fest, dass 68 % der Griechen von Armut bedroht sind. Die Obdachlosenzahlen seien von 2009 bis 2011 um 25 Prozent auf 20.000 gestiegen, zunehmend treffe die Wohnungslosigkeit auch Menschen, die noch wenige Monate zuvor der Mittelschicht angehörten. „Ενοικίαση“ - „Zu vermieten“ - steht an den kahlen Glasvitriolen unzähliger griechischer Geschäfte. Das ist die wenig Erfolg versprechende Strategie der kleinen Ladenbesitzer. VERKAUFEN hingegen lautet das mehr oder weniger freiwillige Privatisierungs-Motto des

griechischen Staates. Mit einem von den Troika-Beamten geschätzten Verkaufserlös von 50 Milliarden Euro bis 2016 galt es bislang als das größte Privatisierungsprojekt weltweit. Dass diese nicht erzielt werden können, ist mittlerweile allen Beteiligten klar. Der Gesamtwert der zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmen liegt nun bei ca. sieben Milliarden Euro. Diesen kurzfristigen Einnahmen stehen - wie fast immer bei Privatisierungsvorhaben - langfristig Massenentlassungen und geringere Löhne gegenüber. So zu befürchten etwa bei der griechischen Post oder der Eisenbahn, wo bei letzterer eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl um bis zu 55 Prozent und eine Reduzierung der Gehälter um etwa 40 Prozent drohe. All das geht natürlich nicht spurlos am Alltag der Griechinnen und Griechen vorüber.



Claudia Jetter ist LINKE Ratsfrau

skünstlern armstadt.

Ja, kann man so sagen.

Geldes zurückerhalten, den dann allerdings sicher?

Was kann das für die zukünftige politische und gesellschaftliche Entwicklung von Griechenland bedeuten?

Ich bin kein Ökonom und kann diese Aspekte nicht als Experte beantworten. Als Bürger habe ich aber die starke Vermutung, dass hier eher Flickschusterei betrieben wird. Und leider nicht einmal deshalb, weil man Griechenland unterstützen will, gar solidarisch mit der griechischen Bevölkerung ist, sondern weil es übergeordnete Ziele gibt, die eventuell in Gefahr geraten könnten. Da ist nicht viel von der europäischen Idee übrig geblieben.

„Im Prinzip müssen Demokratien immer in der Lage sein, sich selbst zu helfen.“

Anderes Thema: Zurzeit wird in den wenigen kritischen Berichten auf das Erstarken der griechischen Rechten hingewiesen. Auch Berichte über Ausschreitungen gegenüber (meist durchreisenden) Flüchtlingen mehren sich. Ist das eine Gefahr, die man ernst nehmen muss?

Die griechische Bevölkerung ist jetzt schon politisch radikalisiert. Mehr geht in einer parlamentarischen Demokratie wohl auf Dauer nicht. Prognosen über die zukünftige Entwicklung können Politikwissenschaftler nicht machen. Sie sollten solche Prognosen auch nicht machen.

Gleichwohl hinterlässt es kein gutes Gefühl, wenn die Prognosen der Wirtschaftswissenschaftler besagen, dass die wirtschaftliche Stabilisierung noch in weiter Ferne scheint und sogar ständig nach hinten geschoben werden. Jemand der keine Arbeit hat, kann der Information, dass übernächstes Jahr wahrscheinlich die Talsohle durchschritten ist, nichts abgewinnen. Perspektiven sehen anders aus.

Abschließend bitte noch ein Tipp vom Politikwissenschaftler an die politisch handelnden Akteure: Welche Mittel oder Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in der gegenwärtigen Situation angebracht?

Diese Gefahr ist sehr ernst zu nehmen. Ich erinnere daran, dass Griechenland, wie übrigens Spanien und Portugal auch, unter anderen zum Zwecke der Stabilisierung ihrer demokratischen Institutionen in die Europäische Union aufgenommen wurden. Dieser Punkt ist in Vergessenheit geraten. Griechenland ist erst seit 1974 eine stabile Demokratie. Gleichzeitig muss auch gesagt werden, dass das Phänomen des Nazismus ein völlig Neues ist. Nicht einmal in den 1930er Jahren gab es einen relevanten Nazismus. Es gab Faschisten, die sich aber an Italien orientiert(ten), was natürlich die Sache nicht besser macht. Aber Nazis sind neu. Hinzu kommt die enorme Gewaltbereitschaft, die wiederum nicht völlig neu in der griechischen Gesellschaft ist, sondern schon aus dem Hoolliganismus im Sport bekannt ist. Diese Mischung ist definitiv explosiv.

Antwort: Im Prinzip müssen Demokratien immer in der Lage sein, sich selbst zu helfen. Manche Theoretiker sprechen von den Selbstheilungskräften einer Demokratie. Hierfür dürfen aber die Grundmerkmale der jeweiligen Demokratie nicht berührt sein. In Griechenland hatten wir es bis vor einigen Jahren mit einer Gesellschaft zu tun, die sich durch eine breite Mittelschicht auszeichnete. Dies ist heute nicht mehr so. Diese breite Mittelschicht befindet sich in Auflösung und ist von Unsicherheiten gekennzeichnet. Ursprünglich zeichnete sich die Mittelschicht dadurch aus, dass man sich selbst als auch seinen Kinder mit Wohneigentum ausstattet. Dies ist unter heutigen Bedingungen nicht mehr denkbar. Damit löst sich der traditionelle Familienbesitz auf und der schwache Sozialstaat wird weiter zurückgefahren.

Nun, es scheint kein Zufall zu sein, dass die Goldene Morgenröte gerade jetzt erstarkt. Was macht sie radikaler in ihrer Abwehr der aktuellen Politik als SYRIZA?

Die Rettung wäre natürlich diese Bevölkerungsschicht, die ehemals eine Mehrheit darstellte, wieder zu stärken, um sich ökonomisch und politisch zu stabilisieren. Denn ohne Mittelschicht wird es schwer, aus dem Inneren des politischen Systems Wege aus der Situation zu finden und den Strukturwandel meistern. Dies scheint mir der richtige Weg für eine Demokratie zu sein.

Auch die Goldene Morgenröte ist wie SYRIZA keine neue Partei. Sie war nur lange Zeit eine absolute Randerscheinung. Die prekäre politische und ökonomische Situation hat jedoch eine Möglichkeit eröffnet, der radikalen Ideologie eine radikale Praxis folgen zu lassen, die zudem von den eigenen Wählern honoriert wird. Der erste Erfolg bei den Parlamentswahlen 2009 wurde als Reaktion auf die „Krise“ gewertet. Die Wiederholung bei den Wahlen 2012 ist damit nicht erklärbar. Man muss sich also darauf einstellen, dass der neue Rechtradikalismus nicht schnell verschwinden wird und die Reformbemühungen permanent konterkarieren werden.

Vielen Dank für das Interview.
(Die Fragen stellte Claudia Jetter)

Wahlabend am 17. Juni 2012: Das Linksbündnis SYRIZA verfehlt knapp den Wahlsieg.
Foto: Jörg Bütefür



Aufruf:

Gemeinsam gegen Armut und Hunger

SYRIZA und DIE LINKE unterstützen Volksküchen und Projekte gegen Armut [ZU]

„DIE LINKE steht in der Tradition der Europäischen ArbeiterInnenbewegung.“ Oft sagen wir diesen Satz. Konkret ist das, was er heute von uns verlangt. Immer mehr Länder im Süden Europas werden durch brutale Kürzungsdiktate in eine soziale Katastrophe getrieben. Hunger und Hoffnungslosigkeit kehren nach Europa zurück. Chauvinismus und Gewalt werden nicht lange auf sich warten lassen, wenn wir es nicht schaffen, praktische und solidarische Alternativen zum Abbau von Demokratie und Sozialstaat zu entwickeln. Am meisten hat die neoliberale Schocktherapie bisher in Griechenland gewütet. Das, was bisher als „Griechenlandhilfe“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, verdient diesen Namen nicht.

Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Europas werden geschöpft. Den Griechinnen und Griechen wird buchstäblich das letzte Hemd geraubt. Und wo ist das ganze Geld gelandet? In den Taschen von privaten Banken und Hedgefonds. Griechenland steht längst nicht mehr nur am Rand einer humanitären Katastrophe.

Hungernde Kinder, obdachlose Rentnerinnen und Rentner, Kranke, die notwendige Medikamente nicht bekommen - das sind die Ergebnisse einer in Europa beispiellosen Serie von gesetzlich verordneten Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen. Wir haben uns entschlossen, in Kooperation mit unseren griechischen Freundinnen und Freunden von SYRIZA (...) einen Spendenaufruf zu starten. Wir sammeln Spenden für konkrete soziale Hilfe und Projekte der Selbstorganisation in Griechenland. Der Name von SYRIZA garantiert für die Seriosität der Hilfsprojekte und die ordentliche Ver-

wendung der gesammelten Gelder. Wir bitten um Eure Spende für Kinderkrankenhäuser und Volksküchen, nicht, um es an Banken und Hedgefonds zu überweisen. Wir rufen Euch auf: Spendet für Griechenland! Redet mit Euren Verwandten, Freundinnen und Freunden, Nachbarinnen und Nachbarn, werbt auf Eurer Arbeitsstelle oder im Sportverein für Spenden. Jede Spenderin und jeder Spender ist ein Mensch mehr, den wir davon überzeugt haben, dass ein neues Europa nur durch Solidarität von unten wächst. Die Spenden sammelt der gemeinnützige Verein Friedens-

und Zukunftswerkstatt e.V. Die Kontoverbindung und den Spendenauftrag von SYRIZA findet Ihr anbei. Wir bedanken uns herzlich für eure Unterstützung!

Katja Kipping und Bernd Riechinger (Parteivorsitzende DIE LINKE)

Spendenkonto

Empfänger: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
Verwendungszweck: Griechenland
Bank: Frankfurter Sparkasse
BLZ: 500 502 01
Kontonummer: 200 081 390

Viertes Sparpaket – Februar 2012

Im Februar 2012 wurde das vierte Sparpaket (seit März / April 2010) verabschiedet.

- Absenkung des Mindestlohns auf 586,- Euro
- Absenkung des Mindestlohns für unter 25-Jährige auf 525,- Euro
- Kürzung der Gehälter bestimmter Berufsgruppen im öffentlichen Dienst rückwirkend zum 1. Januar 2012 um 20 Prozent
- Kürzung des Arbeitslosengeld auf 322,- Euro
- Kürzung der Renten um 10 bis 15 Prozent
- Erhöhung der Selbstbeteiligung bei Medikamenten
- Kürzung der Medikamentenkosten staatlicher Kliniken
- Einsparungen bei Überstunden der Ärzte
- Kürzung der Zuschüsse für Städte und Gemeinden
- Sofortige Entlassung von 15.000 Staatsangestellten; bis 2015 150.000
- Privatisierung von Staatsbetrieben
- Schließung von 200 kleinen, ineffizienten Steuerämtern und Einstellung 1.000 neuer Steuerkontrolleure
- Kürzung der Militärausgaben von rund 14 Milliarden pro Jahr um 600 Millionen Euro bis 2015

Fünftes Sparpaket – November 2012

Im November 2012 hat das griechische Parlament ein erneutes Sparpaket in Höhe von 13,5 Milliarden Euro gebilligt, welches Kürzungen bei Renten, Gehältern, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie Streichungen von Kinder- und Weihnachtsgeld vorsieht.

- Renten von 1.000,- Euro aufwärts werden um 5 bis 15 Prozent gesenkt
- Weihnachtsgeld für Rentner wird abgeschafft
- Das Rentenalter wird für alle von 65 Jahre auf 67 Jahre angehoben
- Abfindungen für entlassene Arbeitnehmer werden gesenkt
- Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für Staatsbedienstete
- Kürzung Löhne und Gehälter um 6 bis 20 Prozent für Staatsbedienstete
- Bis Ende 2012 sollen 2.000 Staatsbedienstete in die Frührentierung
- höheren Eigenbeiträge beim Kauf von Medikamenten
- Krankenhausreform
- Angleichung Gehälter der Angestellten öffentlich-rechtlicher Betriebe an denen der Staatsbediensteten
- keinen Anspruch auf Kindergeld bei mehr als 18.000,- Euro Familieneinkommen pro Jahr

Haushaltsberatung 2013/2014 der Stadt Essen

„Machen Sie Schluss mit der Märchenstunde!“

Auszüge aus der Haushaltsrede von Janina Herff, stellv. Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat der Stadt Essen am 28. November 2012

In ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts, Herr Klieve, sagten Sie: „Dies ist mehr als ein Haushalt: Mit diesem Entwurf werden Meilensteine der Essener Haushaltswirtschaft beschrieben.“ Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatte der Kämmerer leider Recht. Es werden Meilensteine auf dem Weg zu einer noch größeren sozialen Schieflage gesetzt, Meilensteine (...) in der Zerschlagung von öffentlicher Infrastruktur (...).

Noch nie wurde ein Haushalt über die Ausgabenseite saniert. Im Verdi-Kommunalfinanzbericht 2012 heißt es wörtlich: „Mit der Studie konnte nachgewiesen werden, dass für die dramatisch schlechte Finanzsituation vieler Kommunen nicht die Ausgabenseite die Ursache ist. Vielmehr haben großzügige Steuerentlastungsprogramme für reiche Haushalte, Vermögende und Unternehmen seit dem Jahr 2000 den Gebietskörperschaften dauerhaft drastische Einnahmeverluste beschert.“ Trotzdem halten Kämmerer, Oberbürgermeister und das Viererbündnis weiter an ihrer Sparlüge fest. (...)

Und erst nachdem sich öffentlicher Protest gegen diese Kürzungen formiert hat, spielen Sie (...) vom Viererbündnis den Robin Hood. (...) So schreibt Thomas Kufen auf seiner Facebook-Seite: „Das Viererbündnis aus CDU, Grünen, FDP und EBB kassiert die geplanten Kürzungen des SPD-OB bei den Stadtteil-Bibliotheken wieder ein.“ Ein grandioser PR-Gag. Der böse Wolf zieht sich einen Schafspelz über. (...)

Ihre Kürzungen gehen zu Lasten (...) der Kinder unserer Stadt. Mit 35 Prozent der unter Dreijährigen und 30,5 Prozent der unter Fünfzehnjährigen, die von existenzsichernden Leistungen leben müssen, liegt Essen weit über dem Landesdurchschnitt. Trotzdem wird das Geld in diesem Bereich zusammengekürzt oder nur zögerlich ausgegeben. Der SPD-Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede dem Kita-Ausbau die höchste Priorität eingeräumt, aber (...) das ist keine Kinderfreundlichkeit, sondern Pflichterfüllung. Sobald es an zusätzliche kommunale Mittel geht, um die Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge ist mehr als Abwasser und Müllentsorgung. (...) Die Bibliotheken, die Musikschule und die Volkshochschule haben nicht nur einen Freizeitwert, sondern sind auch Bildungsinstitutionen, die besonders einkommensarmen Familien Zugang zu Bildung ermöglichen. Und auch wenn Sie vom Viererbündnis, jetzt plötzlich getrieben durch ein Bürgerbegehren, retten, was Sie selbst kürzlich noch zum Abschuss freigegeben haben – die Bibliotheken –, geht der Sparkurs andernorts ungebremst weiter. Die Zerschlagung der öffentlichen Infrastruktur trifft besonders einkommensarme Familien (...) durch erhöhte Eintrittspreise in der Gruga, durch geschlossene Schwimmbäder, durch ungepflegte und verdreckte Grünanlagen und Spielplätze. (...) Eingeschränkte Öffnungszeiten bei den Bürgerämtern, längere Bearbeitungs- und Wartezeiten, gestrichene VHS-Kurse, ein aus Personalnot nahezu geschlossenes Stadtarchiv, verrottete städtische Immobilien und Straßen. Vernichtung des

Bürgereigentums durch mangelhafte Pflege und Sanierung: So soll also (...) der Haushalt in Ordnung gebracht werden?

Und nicht zuletzt der von uns seit Anbeginn kritisierte 1000-Stellen-Beschluss: Durch massiven Personalabbau sollen angeblich 31,7 Millionen zur Sanierung des städtischen Haushalts freigesetzt werden. Doch was sind die Folgen? Ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt wahrscheinlich nicht. Stattdessen können nahezu gleichbleibende Aufgaben bei weniger Personal nur durch massive Arbeitsverdichtung weiter wahrgenommen werden. Der bereits jetzt hohe Krankenstand der Stadtverwaltung deutet nicht gerade darauf hin, dass diese Mehrbelastung dauerhaft getragen werden kann. (...)

Der böse Wolf zieht sich einen Schafspelz über

Auch die städtischen Gesellschaften und deren Beschäftigten sind leidtragend. (...) Dass eine Sucht- oder Jugendhilfe aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht gewinnbringend sind, versteht sich von selbst. Volkswirtschaftlich gesehen ist es durchaus vernünftig, denn gute Präventionspolitik vermeidet Ausgaben und Kosten. (...) Hier mit dem Rasenmäher bei allen Gesellschaften gleichermaßen zu kürzen, macht schlicht keinen Sinn (...). Herr Kämmerer, wir als LINKE teilen ausdrücklich die Erkenntnis ihres CDU-Parteifreundes, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: „Der Rasenmäher ist ein Instrument für die Gartenpflege, aber nicht für die Finanzpolitik.“ (...)



Janina Herff ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

Vielleicht schaffen Sie tatsächlich, den Haushalt auf dem Papier 2015 auszugleichen – aber wie steht's mit der Nachhaltigkeit? Wer bezahlt denn am Ende des Tages 2020, wenn der Stärkungspakt, oder wie wir ihn nennen: Knebelvertrag, für die Kommunen ausläuft, den Wiederaufbau der zerfallenden Infrastruktur? Ist das etwa ihre Vision Essen.2030, Herr Oberbürgermeister? Dass noch mehr Leerstände à la VHS das Stadtbild von Essen prägen? Und die Altschulden der Stadt? 4,5 Milliarden sind am Ende des Tages trotzdem noch da – trotz aller Kürzungsmaßnahmen.

Verbessert sich die Einnahmeseite der Kommune nicht durch sozial gerechtere Steuerpolitik, kämpfen wir gegen Windmühlen. (...) Auch deshalb fordere ich sie

noch einmal auf, dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ beizutreten. Um deutlich zu machen, dass nur durch eine Neuordnung des föderalen Finanzsystems eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kommunen möglich ist. (...) Dann könnten wir uns auch über die Tilgung der Altschulden aus eigener Kraft ernsthaft Gedanken machen.

Machen Sie Schluss mit der Märchenstunde. (...) Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, haben Sie den Mut die Wahrheit zu sagen! Seien Sie entschlossen, keine weiteren Kürzungen zulasten der Menschen in unserer Stadt durchzusetzen! (...) DIE LINKE in Essen fordert keine Wohltaten, sondern Vernunft und Gerechtigkeit. Wir fordern Haushaltserlichkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sozial gerechte Belastungs- und Entlastungswirkungen, faire Bedingungen für die städtischen MitarbeiterInnen, und die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Gemeinwesen Stadt.

Buchtipps von Jimmy Bulanik:

AusgeKOCht – Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik

Der frühere hessische Ministerpräsident Roland Koch, Volker Bouffier, Kochs Innenminister und heutiger Nachfolger als Ministerpräsident, und Karlheinz Weimar, bis 2010 hessischer Finanzminister, sind untrennbar verbunden im Zusammenhang von illegalen Spendenaffären, Skandalen, dem öffentlichen Vorschub von Rassismus und finanziellen Fiaskos mit eindeutig mafiosen Verhältnissen, wie zahlreich erwiesenen Gesetzesverstößen. Das Ziel ist der Machterhalt mit allen Mitteln, um jeden Preis. Darin standen und

stehen die drei genannten hessischen CDU-Politiker Personen wie Franz-Josef Strauß als auch Helmut Kohl in nichts nach. Auch wenn Roland Koch vorerst seinen politischen Abschied genommen und zur politischen „Landschaftspflege“ in einen Baukonzern gewechselt ist, gegen das Vergessen ist dieses Buch mit seinen teils geschwärzten Originaldokumenten in jedem Falle hilfreich. Erschienen ist das Buch bei Eichborn unter ISBN 978-3-8218-5717-6, es hat 224 Seiten und kostet 14,95 Euro.

Opel und die Eurokrise – ein Kommentar

Die Krise schlägt zurück!

Von Ralf Fischer

Opel in Bochum soll dichtmachen. Seit vielen Jahren betreibt der US-amerikanische Mutterkonzern General Motors schon das Sterben auf Raten der im Jahr 1929 übernommenen Adam Opel AG. Warum verschärft sich die Situation gerade jetzt?



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

General Motors ist gezwungen, auf die massiven Überkapazitäten in der weltweiten Autoindustrie zu reagieren. Der Konzern strebt in dieser Situation danach, vorrangig die heimischen US-Werke auszulasten. Derzeit verstärkt der Konzern seine Bemühungen um den Absatz der Chevrolet-Modelle in Europa und Asien. Im Gegensatz dazu unterliegt Opel dem Verbot, seine Fahrzeuge in Asien und den USA zu verkaufen, diese Märkte sind den US-Modellen des Konzerns vorbehalten.

Die Kürzungspolitik im Zuge der Euro-Krise lässt nun vor allem in Südeuropa die Nachfrage nach neuen Autos auf breiter Front einbrechen. Aber auch bei uns fahren viele PKW-Besitzer ihre Fahrzeuge wieder über längere Zeiträume, statt sich alle ein bis drei Jahre mit einem Neuwagen auszustatten. Opel kann diesen Absatzeinbruch, trotz der in den letzten Jahren deutlich verbesserten Qualität seiner Fahrzeuge, nicht durch die Erschließung anderer Märkte kompensieren und gerät daher gerade jetzt in akute Gefahr.

Die kleineren Chevrolet-Modelle werden übrigens mit den Opel-typischen Ecoflex-Motoren betrieben. Denn so wird aus der

die Notwendigkeit alternativer Verkehrssysteme immer stärker einsehen, führt kein Weg an einem Umbau der gesamten Autoindustrie vorbei. Die Forderung, die bisherigen Standorte nur zu erhalten, um ihn ihnen weiter veraltete Technologie zu produzieren, führt nicht weiter.

Und immer noch schlummern Patente für Elektrofahrzeuge aus der Anfangszeit des Autobaus in den Schubladen, weil die Konzerne sich einst für Öl als Treibstoffquelle entschieden haben. Noch immer gibt es keine systematischen Kampagnen für Car-Sharing-Modelle, sondern nur vereinzelte Initiativen. Noch immer wird der öffentliche Personennahverkehr ausgedünnt statt ihn konsequent auszubauen. Auf der Tagesordnung steht die Entwicklung eines steuerfinanzierten und zur Benutzung kostenlosen öffentlichen Verkehrssystems, wie es anderswo, etwa im belgischen Haselt, bereits bestens funktioniert. Auch für ein solches Verkehrssystem werden umweltgerecht arbeitende Produktionsstätten mit ihren gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebraucht. Eine solche Wirtschaftspolitik wäre fortschrittlich und könnte uns aus der Krise führen.

Derweil erweist sich die Finanzkrise als Bumerang. Das verharmlosend „Sparpolitik“ genannte Handeln der europäischen Regierungen ist genau das Rezept, das die Krise erst richtig verschärft und nun auch hier massenhaft Arbeitsplätze in Gefahr bringt, dafür ist Opel nur ein Beispiel. Bei der kommenden Bundestagswahl am 22. September 2013 können Sie deutlich machen, was Sie von der Krisenpolitik halten und erste Konsequenzen ziehen!

Derweil erweist sich die Finanzkrise als Bumerang.

lange ihre falschen Versprechungen zum Erhalt des Standortes Bochum abgeben.

In Wahrheit entfaltet die Automobilindustrie insgesamt wenig Perspektive. In einem Zeitalter, in dem wir die Endlichkeit von Ressourcen wie Öl, Gas und Kohle erkennen, die Umweltschäden durch Straßenbau und Straßenverkehr feststellen,

Generation Widerstand

Kapitalismus versus Demokratie – Der Kongress zur Krise

Von Jules El-Khatib

Schon seit Monaten liefen die Vorbereitungen für den SDS (Sozialistischer-Demokratischer Studierendenverband) – Kongress, den in NRW sowohl DIE LINKE als auch die Linksjugend [solid] unterstützten. Die Arbeit hat sich gelohnt: Mit mehr als 1.150 BesucherInnen war der Kongress ein voller Erfolg und obendrein der größte linke Kongress in NRW seit mehreren Jahrzehnten. Ein Großteil der Anwesenden war aus NRW. Die meisten TeilnehmerInnen zeigten sich überwältigt von der immensen Auswahl an Veranstaltungen und den Möglichkeiten offen zu diskutieren und andere kritischer Geister kennenzulernen. Ein Höhepunkt des Kongresses dürfte das internationale Podium am Samstagabend gewesen sein, bei dem JugendaktivistInnen aus Portugal, Griechenland, Spanien und Kanada von den Protesten in ihren Ländern und den dort herrschenden Verhältnissen berichteten. Eine Motivation für die Anwesenden, sich aktiv solidarisch zu zeigen mit den Bewegungen. Sahra Wagenknecht konnte mehr als 600 Zuhörenden mit ihrem Beitrag über die Krise und Finanzspekulationen überzeugen.



Jules El-Khatib ist Mitglied der LINKEN in Essen und Sprecher von Linksjugend [solid] NRW

Verschiedene GenossInnen der Linksjugend [solid] NRW halfen nicht nur bei der Planung des Kongresses, sondern steuerten auch inhaltliche Beiträge bei. Das Linksjugend [solid] -Mitglied Niema Movassat (MdB DIE LINKE) referierte über Nahrungsmittelspekulationen und einen wilden Streik in Südafrika, Serdar Agit Boztemur über die Opposition in der

Türkei. Landessprecher Jules El-Khatib organisierte ein Palästina-Solitreff und hielt mit Leandros Fischer einen Vortrag über die Situation in Gaza und die Folgen des Krieges, Sarah Nagel, Bundessprecherin des SDS diskutierte mit Alex Schröder über das chinesische Wirtschaftssystem. Der Kongress war ein wichtiger Schritt zur Aktivierung kapitalismuskritischer junger Menschen, die sich vorher nicht mit den Ideen des SDS, der Linksjugend [solid] und der LINKEN beschäftigt hatten. Für die meisten Anwesenden war der Kongress Anstoß für mehr politisches Engagement, für die linke Bewegung ein Zeichen, dass DIE LINKE ein Bündnispartner sein kann.



Vorurteile gegenüber „Zigeunern“ kennt jeder und hat vielleicht jeder. Als meine Mutter Kind war, hieß es Zigeuner stehlen die Wäsche von der Leine. Heutzutage heißt es auf einer Bürgerversammlung in Essen Haarzopf, Roma klauten Pflanzen aus den Vorgärten und zerwühlten den Müll. Dass Roma Diebesgesindel sei, welches in Großfamilien nach Deutschland kommt, um auf Kosten des heimischen Steuerzahlers zu überwintern und satt und zufrieden in die Heimat zurückzukehren, den Sommer über zu faulenzen und zu klauen und dann erneut bei uns einzukehren, um die erhöhten Asylsätze abzugreifen. Das klingt zugegebenermaßen überspitzt, spukt aber augenscheinlich schemenhaft in vielen Köpfen.

Man hört es an Fragen wie: „Was kostet eigentlich so ein Flüchtling?“ Roma-Flüchtlinge machen deutschen Bürgern Angst. Sie fürchten um ihre Koniferen, die ruhige Nachbarschaft und den Zustand ihrer gelben Tonne. Das muss man ernst nehmen, denkt die Stadtverwaltung und schickt den Sozialdezernenten auf eine undankbare Tournee durch betroffene Essener Stadtteile, vornehmlich im gut situierten Süden. Er soll die besorgten Bürger informieren über Erweiterungen von Asylunterkünften, aktuelle Zahlen, Bürgertelefone und weitere geplante Sicherheitsmaßnahmen. Unterstützt wird er von Vertretern der lokalen Polizeistationen. Nein, antwortet der Polizist auf die Frage eines Bürgers, es gibt keine besonderen polizeilichen Vorkommnisse in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften. Das hilft leider gar nicht, um die ach so ängstlichen, vor allem aber aufgebrachten Bürger in Kupferdreh zu beruhigen. Auch ich bin aufgewühlt und empört. In Haarzopf findet die Versammlung in einer Kirche statt. Dass dort niemand in Sorge ist, wegen medizinischer Versorgung oder hygienischer Bedingungen oder überhaupt die Zustände der Unterbringung hinterfragt, bringt mich zu der Frage, die ich laut stelle: „Heißt ‚christliche Sorge‘ Sorge um sich selbst?“ Just am Martinstag rufen in Kupferdreh aufgebrachte Anwohner und eine Hand voll rechtsextremer Jungspunde zu einer Kundgebung auf, bei der sie Lichter anzünden wollen, gegen den Umbau einer alten Schule zu einer Flüchtlingsunterkunft. Wenige Wochen zuvor haben sich ebenfalls bei einer Bürgerversammlung in Essen-Schönebeck die Gemüter erhitzt. Anwohner machen ihrem Ärger Luft, dass die Turnhalle der Anne Frank Schule kurzfristig für begrenzte Zeit als Übergangslager für Roma-Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien dienen soll. Unbehagen stellt sich bei einigen ein, als sie aus ganz rechter Ecke unterstützt werden. Am 19. Oktober rufen Nazis zu einer Demonstration gegen die Roma-Flüchtlinge



Der Zeitgeist verbietet Tätowierungen: Flüchtlinge werden erfasst. Foto: Anabel Jujol

Flüchtlinge in Essen

„...sie verkaufen ihre Betten und schlafen im Stroh“

in der Lohstraße auf. Es gibt eine Gegenveranstaltung der Antifa. Ich treffe mich mit ca. 30 Demonstranten zu einer Solidaritäts-Kundgebung vor dem Eingang zur Turnhalle unter dem Motto „A-Roma-B-raus-E: Menschenliebe statt Fremdenhass“. Tags zuvor hat mir der Leiter des DRK, welches die Unterbringung maßgeblich organisiert, erzählt, dass vermutlich Kinder die Kreideparole vor der Schule kurzfristig umgetextet haben. Ein schönes Motto für eine Demo, finde ich. Wir sind nicht viele, aber halten Reden, kommen mit den Anwohnern ins Gespräch – hinterlassen Kreidebotschaften. „Occupy“ heißt für menschliche und aufklärerische Werte einzustehen. „Menschen vor Profit“ ist einer der Leitsprüche der Bewegung. Sich für Flüchtlinge einzusetzen, ist für viele Occupy-Aktivisten eine wichtige Aufgabe. In Berlin sind es hauptsächlich Occupy-Aktive, die die Flüchtlingsproteste am Brandenburger Tor unterstützen. Es ist für viele von uns ein Hauptmotiv, Veränderung von sich selbst zu erwarten. In den kommenden zehn Tagen besuche ich fast täglich die 60 Flüchtlinge, die auf Feldbetten in der Turnhalle untergebracht sind. Zunächst spiele und male ich mit eini-



Anabel Jujol ist Künstlerin

gen der ca. 20 Kinder, dann lerne ich nach und nach die Mütter und Väter kennen. Einige sprechen Deutsch oder Englisch. Nach einigen Tagen erfasse ich die Lage in der Turnhalle ansatzweise. Am meisten fehlt es an Kommunikation von behördlicher Seite. Während draußen am Tor, von hilfsbereiten Anwohnern, zahlreiche Kleider- und Spielzeugspenden abgegeben werden, kommt nur ein Bruchteil in der Turnhalle an. Der Rest wird aus Brandschutzgründen am dritten Tag mit DRK Wagen abtransportiert. Eine Mutter steht mit ihrem Kind am Tor und möchte ein Kuscheltier verschenken, wird aber abgewiesen, weil das Wachpersonal Anweisung hat, keine Spenden mehr anzunehmen. Dabei mangelt es an einfachen Dingen. Spricht man mit den Menschen und fragt was ihnen fehlt, wünschen sie sich Waschmittel und Leinen, weil sie die Kleidung mit der Hand waschen. Sie fragen nach Obst, weil es doch morgens und abends immer Brot und Salami gäbe und einige der Kleinkinder bereits Verstopfung hätten. Auch beim Mittagessen fehlt es an Gemüse. Putzmittel wünscht sich eine junge Frau. Die einzige Toilette wird zwar so gut wie täglich von Personal geputzt, aber bei so vielen Menschen käme es schon mal zu kleinen Katastrophen. Ich besichtige das eine Schulklo der Turnhalle, es ist sauber, aber der Geruch treibt einem die Tränen in die Augen. Die Mütter der Babys wünschen sich gebrauchte Kinderwagen. Mithilfe einiger engagierter Helfer, darunter der 15-jährige Raphael, gelingt es uns Kinderwagen,

eine Matratze für die Hochschwangere, Obst und Gemüse von der Tafel und andere Dinge zu besorgen. In den nächsten Tagen werden einige Kinder krank, leiden an Husten, Fieber, Erbrechen. Die DRK-Leute vergeben Medikamente. Ein Arzt kommt aber nicht in die Turnhalle. Erst als die Beschwerden eine Notfallbehandlung erfordern, werden die Kinder ins Krankenhaus gebracht. Die Uhr in der Turnhalle ist stehen geblieben. Die Zeit vergeht nicht in diesem einen Raum, indem die Luft zum Schneiden ist und das Licht grell. Der 20-jährige Leon schildert mir, wie er daheim als zigeunerisch bespuckt und seine Frau geschlagen wird, dass er keine Arbeit und keine Wohnung bekommt. Nie wieder geht er nach Serbien zurück, eher möchte er sterben. Leon träumt davon Automechaniker zu werden. Ich lerne schnell, sagt er. Niemand von offizieller Seite spricht in diesen Tagen mit den Asylbewerbern und erteilt Auskunft über das weitere Vorgehen der Behörden. Sie wissen nicht, wie lange sie dort bleiben sollen und was die nächste Station sein wird. Das zerrt an den Nerven. Ich weiß es auch nicht, kann nur

Artikel zu dem Thema „Antiziganismus“, wie die Repressionen und Ressentiments wissenschaftlich definiert werden, sind in der aktuellen Ausgabe von „Blätter des iz3w“. Verschiedene Autoren nehmen das breite Themen-Spektrum von „Zigeunerromantik“ über den „weiblichen Stereotypen der Zigeunerin“ bis hin zur „heutigen Diskriminierung“ in den Fokus. Zu bestellen unter www.iz3w.org oder erhältlich in vielen Bahnhofsbuchhandlungen.

weitergeben, was ich in der Zeitung lese, dass der Aufenthalt nur bis Ende Oktober geplant sei. Am letzten Oktoberwochenende wird die Hälfte der Flüchtlinge mit Zügen in andere Bundesländer verschickt. In Eisenhüttenstadt hat man versäumt, die Roma-Familie am Bahnhof abzuholen und zur Sammelunterkunft zu begleiten. Sie verbringen die Nacht im Freien und rufen verstört bei ihren Bekannten in der Turnhalle an. Der Rest der Flüchtlinge aus der Lohstraße wird zwei Tage später in ein überbelegtes Übergangsheim in Schöppingen bei Münster gebracht und von dort aus in NRW verteilt. Leon, seine Frau und sein Sohn bekommen eine kleine Wohnung in einem Dorf zugeteilt. Am Telefon klingen sie voller Hoffnung, erzählen von der Anhörung in Dortmund. Am 13. Dezember kommt ein dicker Stapel Papiere mit dem Abschiebescheid. Die Frist für eine Klage beträgt eine Woche, für die Ausreise vier Wochen. Leon war inzwischen in der Psychiatrie. Er muss starke Medikamente nehmen, um die schweren psychischen Auswirkungen einer Depression zu mildern. Er leidet an Angstzuständen, Schlafstörungen und Halluzinationen. In Serbien ist er nicht krankenversichert und hat keinen Zugang zu Medikamenten. Das ist für Roma sehr schwierig, erzählt er mir. Wenn sie abgeschoben werden, stehen sie vor dem Nichts. Unter dem Protokoll der Anhörung seiner Frau steht der knappe Vermerk: „Nicht glaubwürdig“.



Malangebot für Kinder Foto: Anabel Jujol

Buchtipp:

Deutschland ohne Ausländer – Ein Szenario

Ein Deutschland ohne Ausländer – eine schreckliche Vorstellung! Ob aus staatlich-institutionellem Rassismus oder Protektionismus auf dem Arbeitsmarkt. In dem Werk lassen sich die renommierten Journalisten Matthias Thieme und Pitt von Bebenburg (beide schreiben für die Frankfurter Rundschau) gemeinsam mit Gregor Gysi, Cem Özdemir, Martin Schulz, Günter Wallraff und weitere Experten auf das Szenario Deutschland ohne Ausländer ein. Das Ergebnis wären ein vollkommener Zusammenbruch des Landes, Krieg in Europa und

auf unabsehbare Zeit Deutschlands weltweite Isolierung. „Es ist immer hilfreich, solche Szenarien fiktional zu entwerfen, um das Ausmaß dessen, was geschehen würde, konkret zu beschreiben.“ (Prof. Dr. Dr. Wassilios E. Fthenakis, Entwicklungspsychologe und Anthropologe)

Erschienen ist das 272-seitige journalistische Sachbuch im Redline Verlag und hat die ISBN 978-3-86881-338-8. Es kostet im Handel 19,90 Euro.



Jimmy Bulanik

Kurznachrichten aus dem Parlament:

Wohnen ist Menschenrecht I
**Anschlag auf
Mieterrechte stoppen !**

„Wer Mieterrechte einschränkt, treibt die Preisspirale bei den Mieten an und macht die Mieter zu Freiwild auf dem Wohnungsmarkt,“ empört sich Dietmar Bartsch, stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, über die von CDU und FDP im Bundestag durchgesetzten Änderungen im Mietrecht: „Dass künftig Menschen auch ohne Gerichtsurteil aus ihren Wohnungen geräumt werden sollen, öffnet Willkür Tür und Tor. Obwohl die Mieten explodieren und vor allem Menschen im Niedriglohnbereich inzwischen schon die Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben müssen, befördert die Bundesregierung praktisch die Preistreiberi,“ stellt Bartsch fest und fordert den Bundesrat auf, diese Zementierung sozialer Ungerechtigkeit zu stoppen.

Altersarmut:

**Regierung schaut weg,
Linke bleibt dran**

Altersarmut sei heute noch kein Problem, hat die Bundesregierung den wissenschaftlichen Beirat von Bundeswirtschaftsminister Rösler im Dezember verkünden lassen. Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag hält dieser Schönrederei die Fakten entgegen: „Wenn alle, die heute bereits einen Anspruch darauf haben, tatsächlich Grundsicherung im Alter beantragten, käme ans Licht, dass es nicht nur die ‚offiziellen‘ 436.000 armen Alten gibt, sondern 1,1 bis 1,4 Millionen.“ Wegsehen wie Rösler und Merkel hilft nicht gegen Altersarmut, sagt Die LINKE und fordert eine solidarische Mindestrente.

Wohnen ist Menschenrecht II

**Politik muss bezahlbaren
Wohnraum schaffen**

„Für immer mehr Menschen in Deutschland werden die rasant steigenden Wohnkosten zu einem existenziellen Problem.“ Weil in Deutschland mindestens 250 000 Wohnungen fehlen, und immer mehr Haushalte die monatliche Miete kaum noch zahlen können, haben auch Zwangsräumungen stark zugenommen. Die LINKE hat deshalb gefordert, die Bundesmittel für den Wohnungsbau auf 700 Millionen Euro zu erhöhen und nur für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden. Im Antrag ‚Wohnen muss bezahlbar bleiben‘ fordert DIE LINKE darüber hinaus, dass die Höhe der Wohnkosten 30 Prozent des Nettoeinkommens eines durchschnittlichen Mieterhaushalts nicht übersteigen darf.

Wege aus der Krise – Gute Arbeit für NRW !

Gut 80 Betriebs- und Personalräte diskutierten am Montag, 3. Dezember im Essener Gewerkschaftshaus auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, was die Krise für Beschäftigte an Rhein und Ruhr bedeutet und welche Auswege möglich sind.

Als prominentester Teilnehmer beleuchtete LINKEN-Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi die aktuelle Wirtschaftslage: Die Finanzkrise ist keine Staatsschuldenkrise, ihre Ursachen lägen auch nicht in zu hohen Sozialausgaben der europäischen Staaten. Vielmehr seien die milliarden-schweren Rettungsaktionen für marode Banken die Ursache der explodierenden Staatsdefizite in Europa. Weiterhin machte Gysi deutlich, dass auch Deutschlands Niedriglohnpolitik und daraus folgende riesige Exportüberschüsse die Krise mit heraufbeschworen hätten. Und mit den über die europäischen Krisenstaaten verhängten Spardiktate sagt Merkel an dem Ast, auf dem dieses Wirtschaftsmodell sitzt: Denn mit dem Einbruch der Exportnachfrage gefährdet die Krise zunehmend Arbeitsplätze auch in der Bundesrepublik. Was das an Rhein und Ruhr heißt, zeigt nicht nur Opel Bochum. Ugur Coskun, Betriebsratsvorsitzender beim Gelsenkirchener Autzulieferer TRW berichtete: Dort sollen von noch 690 Beschäftigten 150 gehen, 60 befristet Beschäftigte stehen schon auf der Straße. „Vor einigen Jahren waren wir noch etwa 1.400“, so Coskun. TRW produziert unter anderem für den französischen Hersteller PSA, aber auch für Opel und Ford. Coskun warf der Firmenleitung auch vor, die Absatzinbrüche dafür zu „Arbeitszeitverkürzung für alle statt Entlassungen für 150“

nutzen, im Schalker Werk Personalabbau durchzusetzen und die Produktion nach Osteuropa zu verlagern. Deshalb fordern die TRWler in ihrem von der Konferenz einstimmig unterstützten „Schalker Appell“: „Arbeitszeitverkürzung für alle statt Entlassungen für 150“ und stellen fest: „Die aufgezwungenen Kürzungsprogramme gegen unsere südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen treffen auch uns Beschäftigte in der exportierenden Automobilzuliefererindustrie.“ Im Duisburger Stahlwerk von ThyssenKrupp haben die Absatzinbrüche schon seit August Kurzarbeit zur Folge, berichtete Betriebsrat Binali Demir. Fast 70 Prozent der Duisburger Produktion gehen an die krisengeschüttelte Autoindustrie. Mit der inzwischen verlängerten Kurzarbeit seien zwar betriebsbedingte Kündigungen in Duisburg zunächst vom Tisch; die Zeche zahlten aber die Leiharbeiter und Werk-



verträger im Duisburger Werk. Aus seiner Sicht ist angesichts eines Personalkostenanteils bei ThyssenKrupp von nur noch 8 Prozent vor allem eine Steigerung der Rohstoff- und Energieeffizienz überfällig. Wie sich die Niedriglohnstrategie der Bundesregierungen der letzten zehn Jahre im Einzelhandel auswirkt, beschrieb ver.di-Sekretär Kalle Kunkel: Die Folgen sinkender Reallöhne und Niedrigeinkommen würden für die Verbraucher zwar durch den Preiskampf bei Lebensmitteln für Verbraucher gemildert. „Dies geschieht aber auf Kosten der Beschäftigten im Einzelhandel“, so Kunkel. Für die Beschäftigten etwa bei der EDEKA-Discount-Tochter NETTO heißt das vor allem: Regelmäßig unbezahlte Überstunden. Gegenwehr ist allerdings möglich, wie eine frisch gewählte Essener ver.di-Vertrauensfrau bei NETTO berichtete.

„Trotz der Diskussion über einen drohenden Fachkräftemangel wird in NRW längst nicht für jeden Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten“, skizzierte Anke Unger, Vorsitzende der DGB-Jugend NRW die nur scheinbar entspannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Auch finde nach der Ausbildung gut die Hälfte der ‚Generation Prekär‘ keinen Dauerarbeitsplatz, erläuterte Unger weiter. Vielmehr prägten schlecht oder gar nicht bezahlte Praktika und allenfalls befristete Arbeitsverträge den Berufseinstieg nach erfolgreicher Ausbildung und Studium. Ihre Forderungen: Strikte Regulierung und Begrenzung von Praktika und vor allem die Streichung der sachgrundlosen Befristung. Das fand

die ungeteilte Zustimmung der Konferenz. „NRW droht eine Welle der Deindustrialisierung, wenn Rösler und Merkel weiterhin tatenlos zusehen,“ lautete das Fazit von Ulla Lötzer, gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

„NRW droht eine Welle der Deindustrialisierung“

„Deutschland muss die Binnennachfrage ankurbeln und die Außenhandelsüberschüsse abbauen. Dafür braucht es aber eine 180 Grad-Wende in

der deutschen Arbeitsmarktpolitik und Impulse für den sozial-ökologischen Umbau der Industrie: Gute Arbeit zu guten Löhnen und fairen Beschäftigungsverhältnissen müssen endlich die flächendeckende Ausbreitung von Niedriglöhnen, Leiharbeit und prekärer Beschäftigung ersetzen. Nötig ist auch eine aktive Industriepolitik: Umweltechnologien, Materialproduktivität, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft müssen gefördert werden.“



Ulla Lötzer (l.) und DGB-Landesjugendsekretärin Anke Unger (r.) in der Diskussion

Unter diesem Titel machten gut 100 Essener auf Initiative des 15jährigen Raphael Kömp am 5. Dezember ihrem Unmut über die steigenden Strompreise Luft.

Gemeinsam mit Bärbel Höhn, stellv. Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, unterstützte Ulla Lötzer, gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag als Hauptrednerin mit dem folgenden Beitrag:

Liebe Freundinnen und Freunde, Jeden Tag vergießen Rösler und Altmaier Krokodilstränen über die hohen Energiepreise. Dabei treiben sie die Preise mit immer neuen Geschenken an die Energiekonzerne in die Höhe: Ausweitung der Ausnahmen für energieintensive Unternehmen, Umlage von Netzanschlusskosten für Offshore-Windparks, Umlage für den Weiterbetrieb von Kohle- und Gaskraftwerken, jede Woche eine neue Maßnahme zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Sie argumentieren mit dem Schutz der Arbeitsplätze. Auch wir wollen Arbeitsplätze vor Verlagerung schützen. Doch Golfplätze, Bistümer oder Autohäuser brauchen



diesen Schutz nicht. Und wenn der Allianz-Konzern 2,8 Milliarden Euro Gewinn erzielt, dann kann er auch 800.000 Euro Netzentgelte selbst bezahlen! Wir brauchen eine Beschränkung der Ausnahmen auf energieintensive Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen.

Die Geschenke der Regierung reichen den großen Vier wie RWE aber nicht. Die erneuerbaren Energien verbilligen den Strom an der Börse. Tatsächlich sind die Zeitungen in den letzten Wochen voll da-

von, dass RWE und EON Kohle- und Gaskraftwerke stilllegen wollen, weil der Großhandelspreis für Strom so niedrig sei, dass sie damit rote Zahlen schreiben.

Warum merken wir als Kunden davon nichts?

Sie geben die Preissenkungen nicht weiter. Im ersten Halbjahr 2012 hat EON einen Nettogewinn und 3,1 Mrd. Euro eingefahren, RWE 1,6 Mrd. Euro. Trotz stillgelegter Atomkraftwerke.

Gegen diese Extraprofite hilft nur, die staatliche Strompreisaufsicht wieder ein-

zuführen. Und weil sich der Staat viel zu oft zum Kumpanen der Konzerne macht, muss dieser Preisaufsicht ein Verbraucherbeirat mit Verbraucher-, Sozial- Umweltverbänden und Gewerkschaften zur Seite gestellt werden.

Neben schwarz gelber Energiepolitik ist es die Ausweitung der prekären Beschäftigung, die Duldung der Armutslöhne, Hartz IV oder die Verweigerung von existenzsichernden Renten, die die Menschen in die Energiearmut treibt.

300.000 Haushalten wurde 2011 der Strom gesperrt

Stellt euch das vor. Eine Familie mit Kindern ohne Kühlschrank, ohne Licht, vom Fernseher ganz zu schweigen.

Ende Oktober starben im ostthüringische Otterstedt ein Mann und drei Kinder an einer Kohlenmonoxidvergiftung durch Abgase eines Notstromaggregates. Zwei Monate vorher waren im saarländischen Burbach vier Kinder verbrannt, weil eine Kerze die Wohnung in Brand setzte. Beide Familien waren ohne Strom. Es ist beschä-

mend, dass in diesem Land Menschen sterben müssen, weil ihnen der Strom abgestellt wird!

Das wollen wir nicht hinnehmen. Die LINKE hat ein Verbot von Stromsperrern im Bundestag gefordert.

Freundinnen und Freunde Versorgung mit Strom ist Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb müssen die Energieversorger verpflichtet werden, jedem Haushalt ein kostenloses Grundkontingent zur Verfügung zu stellen, wird es überschritten, sollen die Preise ansteigen. Mit einem solchen Sockeltarif lösen wir drei Probleme auf einmal: Erstens bekommen wir endlich soziale Energiepreise in diesem Land, zweitens geben wir damit einen Anreiz, Strom zu sparen. Wir verbinden also soziale Preise mit ökologischen Anreizen, und drittens gibt es dann auch keine Stromsperrern mehr, weil das kostenlose Grundkontingent nicht gesperrt werden kann.

Wir brauchen endlich eine Energiepolitik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt ausrichtet und nicht an dem Profitstreben von RWE und Co.

„Luxusgut Strom?“

Wer dafür sorgen will, dass nach mehr als 75 Jahren die beiden braun gefärbten Generäle Hans von Seeckt und Karl von Einem wieder aus dem Essener Straßenregister getilgt werden, kann ein paar historische Informationen sicherlich brauchen:

Von Walter Wandtke

Die ursprünglichen Straßennamen im sogenannten Mädchenviertel waren 1906, kurz nach Rüttscheids Eingemeindung in die junge Großstadt Essen, eingerichtet worden. Am 20. November 1937 wurden durch eine Anordnung von Oberbürgermeister Just Dillgard (NSDAP-Mitglied seit 1928), dann auf einen Schlag 365 Straßennamen geändert, natürlich nicht alle aus politischen Motiven. Nach der Eingemeindungswelle der zwanziger Jahre galt es oft, verwirrende Namensdopplungen in den Stadtteilen abzubauen. Irmgard und Ortrud gab es in Essen aber nur einmal.

U.a. durch die Grünen wurden bereits seit den 80er Jahren mehrere, leider gescheiterte Anläufe gestartet, die nationalsozialistischen Straßennamen rückgängig zu machen. Gegen die Ehrung des 1934 verstorbenen Karl von Einem und des 1936 verstorbenen Chefs der Reichswehrheeresleitung, Hans von Seeckt, war bei diesen Bemühungen immerhin ein kleiner, die NS-Namensgebung kritisierender Mahnstein an der Kreuzung beider Straßen herausgekommen.

Nach der Rot-Grün-Roten BV-Entscheidung für eine Ortrud- und eine Irmgardstraße zeigte sich ab Mai 2012 aber auch, dass viele Bewohner einer Straße oft gar nicht erfahren wollen, welche rechtslastige Geschichte hinter bestimmten Straßennamen steckt. Die Anwohnerinitiative mit dem schicken Eigennamen „Pro-Von“ machte lautstark deutlich, dass sie keinerlei Veränderung ihrer feldgraublaublütigen Straßennamen akzeptieren würde. Allerdings gibt es auch eine Anwohnergruppe, die sich für die Rückbenennung beider Straßen einsetzt und u.a. vom Historiker Günter Hinken vertreten wird.

Trotzdem gehen Straßennennungen nicht bloß Anwohner einer Straße etwas an, sondern betreffen die Außerdarstellung eines Stadtteils, weshalb sie auch in der Bezirksvertretung (BV) oder Ratsgremien entschieden werden müssen. Und Gründe gegen die Ehrung des Generalobersten von Seeckt und des Kriegsministers von Einem gibt es genug:



Rüttscheid: Bürgerentscheid am 3. Februar

Nein zu falschen Helden!

Beginnen wir mit Karl von Einem, der sich als Kriegsminister bereits 1904 für den Völkermord an den Hereros durch deutsche Kolonialtruppen im heutigen Namibia verantwortlich zeichnet. Zitat: „Die Hereros wurden (...) in eine wasserlose Wüste getrieben, wo viele umkamen. Wir waren alle

Zäher Straßenkampf gegen Militaristen

stolz auf die Leistungen, die Offiziere und Mannschaften im heißen Afrika (...) für Deutschland vollbrachten.“ Daheim tonte von Einem, dass die Demokratie aller Schattierungen in Wahrheit Deutschlands innerer Feind gewesen sei. Er betätigte sich in Reichstagsreden als Homosexuellenfeind und Antisemit und kündigte deren „Vernichtung in der Armee“ an. 1933 begrüßte

er öffentlich die Machtergreifung Hitlers und schrieb über die „heiße Leidenschaft eines Hitler, die Aufbauarbeit der Stahlhelmführer.“ Hans von Seeckt beriet als Generalstabschef das im 1. Weltkrieg mit dem Deutschen Reich verbündete türkische Feldheer. Hier hatte er auch den Völkermord der Türken an den Armeniern 1917/18 mit zu verantworten.

Sein Biograph Meier-Welcker: „Seeckt war der Auffassung, den Armeniern gegenüber müsste jede christliche, sentimentale und politische Rücksicht der Kriegsnotwendigkeit halber verschwinden.“ Nach 1919 lehnte von Seeckt die neu entstandenen Ostgrenzen ab: „Die Existenz eines selbständigen Polens ist unerträglich und unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands.“

Während des Kapp/Lüttwitz-Putsches im März 1920 verhinderte Hans von Seeckt als Chef des Truppenamtes, dass reguläre Reichswehrtruppen die demokratisch gewählte Regierung gegen den Angriff der Freikorps schützten und zwang sie damit zur Flucht aus Berlin. So konnte dieser Putsch schließlich nur durch einen dreitägigen Generalstreik in ganz Deutschland zum Zusammenbruch gebracht werden und die Reichsregierung nach Berlin zurückkehren. Aber erst im Oktober 1920 hören wir – leider folgenlos vom



Von Seeckt (l.) und der „Führer“ in trautem Gespräch



Walter Wandtke ist Ratscherr für Bündnis 90/Die Grünen

SPD-Reichstagsabgeordneten Scheidemann: „Bis hierher und nicht weiter - wir haben kein Vertrauen weder in die Verfassungstreue (...) des Herrn von Seeckt!“

Seit Mitte der 20er Jahre wurde mit strengster Geheimhaltung unter Seeckts Oberbefehl an einer wieder angriffsfähigen Armee gearbeitet. Nach Seeckts detaillierten Plänen stand bei Kriegsbeginn im September

1939 die Wehrmacht genauso an den Grenzen, wie von seinem Stab vorberechnet. Als 1936 in Berlin wieder eine Kriegsakademie gegründet wird, hören wir vom alten Militär folgenden Wunsch: „Es ist recht und billig, wenn die hohe Schule der militärischen Führerschaft, (...) auch

das Wort Krieg an ihrer Stirne trägt (...). Die Kriegsakademie möge das höchste militärische Ziel vorbereiten, den Sieg.“

Da überrascht es kaum, dass die Siegermächte nach Kriegsende die Glorifizierung dieser Militärführer beenden wollten. Die Anweisung 30 des Alliierten Kontrollrates vom 13.05.1946 verpflichtete deutsche Städte „alle Straßennamen zu ändern, die geeignet sind, die deutsche militärische Tradition zu bewahren, (...) den Militarismus wieder zu erwecken (...) oder kriegerische Ereignisse zu verherrlichen“.

Daher schloss bereits 1986 der Essener Straßennamenhistoriker Erwin Dickhoff: „Als eindeutig militaristisch im Sinne der späteren Kontrollratsverordnung dürften die Benennungen nach den

Generalobersten Hans von Seeckt und Karl von Einem zu klassifizieren sein, wofür die Irmgardstraße und die Ortrudstraße in Anspruch genommen wurden.“ Eigentlich also lebt Rüttscheid seit mehr als 66 Jahren mit illegalen Straßennamen. Die Losung für den Bürgerentscheid im Stadtbezirk II am 3. Februar muss also lauten: Keine falschen Helden – für die Mädchen und gegen die Generäle. NEIN zu von Seeckt und von Einem.

Republikfeinde an der Arbeit

Für friedlichere Zeiten

Termine

Mittwoch, 16. Januar, 19.00 Uhr
„Israel – Palästina: Eine Deutsche zwischen den Fronten“ – Veranstaltung des Essener Friedensforums, VHS Essen, Burgplatz 1, Innenstadt, Referentin: Liva Haensel (Journalistin)

Montag, 21. Januar, 19.00 Uhr
Essen stellt sich quer, Monatsversammlung beim Anti-Rassismus-Telefon, Friedrich-Ebert-Str. 30, Innenstadt

Samstag, 26. Januar, 11.00 Uhr
Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates NRW, Wittener Straße 201, Bochum

Sonntag, 27. Januar, 17.00 Uhr
Konzert zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, Alte Synagoge, Edmund-Körner-Platz 1, Innenstadt
Politisches Nachtgebet für die Würde der Roma in der Kirche Billebrinkhöhe 72, Huttrop, Veranstaltung der Kirchengemeinde mit Pro Asyl/ Flüchtlingsrat Essen

Dienstag, 29. Januar, 19.00 Uhr
Treffen der Stadtteilgruppe DIE LINKE. Steele/Kray, Kulturforum, Dreiringstraße 7, Steele

Wochenende 2./3. Februar
Landesparteitag und LandesvertreterInnenversammlung DIE LINKE. NRW zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl, Messe Essen CC Süd

Sonntag, 3. Februar
NEIN zu falschen Helden! Bürgerentscheid im Bezirk 2 – Hingehen und Abstimmen auf keinen Fall vergessen!

Sonntag, 3. Februar, 11:00 Uhr
Neujahrsempfang des Runden Umwelt Tisches Essen (RUTE), Forum Kunst und Architektur, Kopstadtplatz, Innenstadt

Donnerstag, 7. Februar, 18.00 Uhr
Essen kriegt die Krise – Bündnis gegen die Kürzungspolitik, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt

Donnerstag, 7. Februar, 19.30 Uhr
Attac-Netzwerk Essen, Offenes Aktiventreffen, Cafe Unit, Reckhammerweg 2 (hinter der Uni), Innenstadt

Aschermittwoch, 13. Februar, 18.00 Uhr
Politischer Aschermittwoch der LINKEN in Essen, Dampf-Bierbrauerei Essen-Borbeck, Heinrich-Brauns-Straße 9-15, Hauptrednerin: Gunhild Böth, Landesprecherin DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen

Samstag, 16. Februar, 11.00 Uhr
„Reichendemo“, Treffpunkt: Cäcilienstraße vor dem EDEKA, Rüttscheid

Dienstag, 26. Februar, 19.00 Uhr
Treffen der Stadtteilgruppe DIE LINKE. Steele/Kray, Kulturforum, Dreiringstraße 7, Steele

Mittwoch, 13. März, 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung DIE LINKE. Essen, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Innenstadt

Ostersonntag, 31. März, 9.00 Uhr
Start der Fahrradetappe zum Ostermarsch Ruhr auf dem Willy-Brandt-Platz, mehr Informationen demnächst auf www.ostermarsch-ruhr.de.

Holsterhausen: Wirtschaftlichkeit diktiert Stadtteilentwicklung

Die vielen kritischen Stimmen im Stadtteil haben nichts genutzt. Mit der Mehrheit des Viererbündnisses und der SPD beschloss der Rat der Stadt Ende November den von der Verwaltung im Frühjahr vorgelegten Bebauungsplan für das Gelände des ehemaligen Berufskollegs Holsterhausen. Die ganz große Koalition im Rat war nicht bereit, die Ergebnisse der von einer Bürgerversammlung initiierten Planungsworkshops abzuwarten, die von September bis Dezember stattfanden.

Ursprünglich war eine überwiegend barrierefreie Wohnbebauung mit viel Grün vorgesehen, die sich in den Stadtteil einpasst. Der Anteil des öffentlichen Grüns sollte 50 Prozent nicht unterschreiten, der alte Baumbestand erhalten bleiben. Discounter sollten ausdrücklich ausgeschlossen werden, um der Gemarkenstraße, der nahen Einkaufsstraße mit ohnehin vielen Problemen, keine Konkurrenz zu schaffen. Nun ist eine bis zu fünfstöckige Blockbebauung möglich, die die umliegenden Häuser deutlich überragen kann. Der öffentlich nutzbare Grünanteil liegt bei nicht viel mehr als

30 Prozent. Auch eine zusätzliche Verkaufsfläche von rund 2.700 m² ist enthalten. Selbst von dem zusätzlichen Parkraum ist nicht viel übrig geblieben, denn die vorgesehene Parkgarage wird gerade für die neuen Wohnungen und den Supermarkt reichen.

Der Bebauungsplan entstand in enger Kooperation mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Allbau, die das Gelände kaufen und entwickeln soll. Diese „kassierte“ im Vorfeld eine Anforderung nach der anderen. Grund: Beim Verkauf des Grundstückes soll neben den ca. 3 Mio. Euro Abrisskosten noch rund 1 Mio. Euro für den Stadthaushalt übrig bleiben.

Dass es andere Wünsche zur Entwicklung dieses Filetstückes im Stadtteil gibt, haben die Bürger-Planungsworkshops gezeigt. Den Mut, den Bebauungsplan entsprechend anzupassen, wie allein DIE LINKE es forderte, hatte die Ratsmehrheit jedoch nicht. Eine an den Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner orientierte Stadtentwicklung sieht anders aus. Wolfgang Freye

Mehrgenerationenprojekt in Haarzopf verdient Unterstützung

Die Stadtteilgruppe DIE LINKE im Bezirk 3 hat den Beschluss von Bezirksvertretung und Planungsausschuss zur Erarbeitung eines Bebauungsplanes für das Gelände der Hatzper Schule ausdrücklich begrüßt. Das zentral in Essen-Haarzopf gelegene Gelände sollte nach der Schließung des Schulbetriebes in zwei Jahren möglichst schnell eine hochwertige Folgenutzung erhalten.

Bemerkenswert ist, dass sich für das Gelände gleich mehrere Initiativen interessieren, die dort ein Mehrgenerationenwohnpro-

jekt in grüner Umgebung aufbauen wollen. Der Bedarf ist in Haarzopf offensichtlich vorhanden. Dem sollte unbedingt Rechnung getragen werden, denn Essen hat bei solchen Projekten erheblichen Nachholbedarf. Die Stadt sollte gegebenenfalls auch bei der Finanzierung Hilfestellung leisten, die sicherlich schwieriger ist, als wenn das ganze Gelände von einer Investoren-Firma nach reinen Profitgesichtspunkten bebaut würde. Hier könnte eventuell der Allbau mit einbezogen werden.

Der zu erarbeitende Bebauungsplan für das Gelände sollte

die Anforderungen der Bürgerschaft an die Entwicklung des Grundstückes in jedem Fall berücksichtigen. Die vorliegenden ersten Entwürfe werden von vielen als zu sehr „08/15“ angesehen. Dabei sollte auch geprüft werden, ob das 100 Jahre alte Kernschulgebäude erhalten und mit einbezogen werden kann. Immerhin hat es den Stadtteil viele Jahre mit geprägt.

Ein Mehrgenerationenprojekt könnte darin z.B. Gemeinschaftsräume unterbringen und ein „Haus der Begegnung“ schaffen.

Wolfgang Freye

